

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Am Dönhofs 4194-4195



Adressen für Bestellungen und Abrechnung:
Berlin OS 61, Dönhofs-Platz 8
Telefon: Copacabana

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abrechnung halbjährlich 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart. Die Abrechnung für beide Hälften ist Berlin.

Berlin, den 27. Januar 1930

Die Stellung des Reichsbankpräsidenten

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Im Reichstag sind am Montag die Abkomme der Haager Konferenz im mtllichen Wortlaut verteilt worden. Soweit sich bisher bersehen lässt wird die erste Lesung der auf ihnen beruhenden Gesetze voraussichtlich am 5. Februar beginnen. Man rechnet mit einer Dauer von zwei Tagen, und am 7. Februar sollen die Ausschussberatungen ihren Anfang nehmen. Bis zur Mitte des Monats sollten die Vorlagen im Plenar erledigt sein.

Zu den Abkommen gehören auch die Vorschriften "die in das deutsche Bankgesetz einzufügen oder darin beizubehalten sind" und über sie hat am Montag Nachmittag eine Besprechung der Regierungspartei unter Vorsitz des Reichskanzlers stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit haben die Vertreter der Sozialdemokratie die Wünsche zum Ausdruck gebracht, die sie für eine Abänderung einzelner Bestimmungen des Bankgesetzes hegen und die sich, wie aus der Presse bereits bekannt ist, hauptsächlich in der Richtung bewegen, die Stellung des Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung gegenüber dem Präsidenten und dem Direktorium der Reichsbank zu verbessern. Um es von vornherein zu sagen: die Forderungen der Sozialdemokratie haben bei den bürgerlichen Koalitionsparteien so gut wie keine Unterstützung gefunden. In diesem Lager hält man jede Abänderung des Gesetzes, die im übrigen - ebenfalls gemäss den Haager Abkommen - die Zustimmung des Verwaltungsrats der Bank für internationalen Zahlungsausgleich bedürfen würde, im gegenwärtigen Augenblick für unangebracht.

Wir erachten es als erforderlich, eben wegen dieser Stellungnahme der bürgerlichen Parteien noch einmal kurz die Gründe zusammenzufassen, die uns zu unserem Vorgehen bestimmen. Sie haben, was gegenüber gewissen Presseäusserungen noch einmal mit Nachdruck hervorgehoben sei, nichts mit parteipolitischen Voreingenommenheit und nichts mit dem Wunsche zu tun, Rache für die Demission Hilferdings zu nehmen. Sie sind ausschliesslich sachlicher Art. Es erscheint uns unerträglich, dass der Reichsbankpräsident dank der Stellung, die ihm gewährt ist, Uebergriffe auf das politische Gebiet machen kann, durch die die Autorität der Reichsregierung sowohl wie des Parlaments aufs schwerste erschüttert wird, und wir sind weiter der Meinung, dass unsere Beziehungen zum Ausland gefährdet werden, solange ein Reichsbankpräsident amtiert, der durch sein Auftreten berechnete Zweifel an dem guten Willen, bei der Durchführung der Young-Gesetze mitzuwirken, erwecken muss. Wir wollen die Unabhängigkeit der Reichsbank, soweit durch sie die Stabilität der deutschen Währung gewährleistet wird, in keiner Weise angetastet wissen, Wir verlangen nur, dass der Leiter der Bank durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen in den Schranken seiner normalen Amtsbefugnisse gehalten wird.

Um diesen Zweck zu erreichen, sollte zunächst der Regierung ein stärkerer Einfluss auf seine Wahl gewährt werden. Gegenüber dem bisherigen Zustand ist durch die neuen Haager Abkommen insofern eine Verbesserung eingetreten, als der Reichspräsident nicht mehr nur ein aufschiebendes Veto besitzt, sondern die Wahl unbedingt von seiner Bestätigung abhängig gemacht wird. Aber wie sieht der

Wahlkörper aus? Die Mitglieder des Generalrats werden im Wege der Kooptation gewählt. Auf die Zusammensetzung des Generalrats haben also Kabinett und Reichspräsident keinerlei Einfluss. Die Bestimmung, nach der vor der Wahl eine Fühlungnahme des Generalrats mit der Reichsregierung erfolgen soll, bedeutet ausserordentlich wenig, denn wenn sich bei dieser Fühlungnahme eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Reichsregierung und dem Generalrat herausstellt, besteht keinerlei Gewähr dafür, dass der Generalrat der Ansicht der Reichsregierung Rechnung trägt. Die Aussicht, dass ein Vertreter der arbeitenden Schichten oder der sogenannten freien Berufe in den Generalrat aufgenommen wird ist kaum vorhanden.

Es wäre nach unserer Meinung dringend erforderlich, der Regierung gewisse Rechte bei der Zusammensetzung des Generalrats zuzugestehen. Die Unabhängigkeit der Reichsbank würde dadurch nicht bedroht und die Stabilität der Währung geriete nicht im geringsten in Gefahr.

Soviel zur Wahl des Reichsbankpräsidenten. Aber auch die Art, wie seine Abberufung vollzogen werden kann, entspricht unseres Erachtens nicht der Stellung, die die Regierung im Staate einnehmen soll. Nach den Haager Abmachungen bedarf die Abberufung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Bestätigung durch den Reichspräsidenten. Das heisst also, dass Reichspräsident bzw. Regierung von sich aus nicht in der Lage sind, den Bankpräsidenten selbst wenn sie starke Bedenken gegen ihn hegen, zu beseitigen. Sie treten erst in Funktion, wenn der Generalrat, bei dem die Initiative liegt, die Demission fordert. Sie haben also nur die Möglichkeit, einen vom Generalrat für abbaureif erklärten Präsidenten im Amt zu erhalten, während sie nicht das Recht besitzen, ihrerseits gegen einen Präsidenten vorzugehen, gegen den sie Anstände zu erheben haben. Das mindeste, was zu verlangen wäre, würde doch wohl eine Gleichstellung der Reichsregierung mit dem Generalrat sein. Aber auch dafür sind die bürgerlichen Parteien nicht zu haben, und ebensowenig wollen sie die Notwendigkeit anerkennen, dass nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine Neuwahl des Bankpräsidenten und des Direktoriums stattfindet.

Man will abwarten. Man will sehen, ob Herr Schacht sich von jetzt ab innerhalb seiner Grenzen hält oder zu einem neuen Schlag gegen den Geist des Parlamentarismus und der Demokratie ausholt. Erst wenn er rückfällig geworden ist, sollen, wie versichert wird, Gegenmassregeln ergriffen werden. Diese Zurückhaltung wird mit der angeblichen Angst der Bevölkerung begründet, die von jeder Erschütterung der Stellung des Herrn Schacht eine Erschütterung der Währung befürchte und sich deshalb in einem solchen Falle noch mehr als bisher mit ihrem Kapital in ausländische Devisen flüchten würde. Nach unserer Meinung hat die zweifellos in starkem Umfang vorhandene Kapitalflucht wesentlich andere Motive. Aber noch wichtiger ist, dass der, der sich auf den Standpunkt der bürgerlichen Parteien stellt, seine Hände auch für die Eventualität bindet, dass Herr Schacht die ihm zugebilligte Bewährungsfrist nicht zur Einkehr und Besserung benutzt.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich jedenfalls vorbehalten müssen, ein Initiativgesetz zur Abänderung des Reichsbankgesetzes einzubringen. Auf jeden Fall aber hat sie ihre Pflicht erfüllt und rechtzeitig gewarnt. Wenn die Dinge sich anders entwickeln als es der Optimismus der bürgerlichen Parteien erhofft, so trägt sie keine Verantwortung.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Henderson hat am Montag im Unterhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Regierung ermächtigt, die Fakultativklausel des permanenten Schiedsgerichtshofes zu ratifizieren und damit die im September in Genf erfolgte Unterzeichnung der Klausel in Wirksamkeit treten zu lassen. Henderson betonte, dass die Regierung die Unterwerfung unter die Haager Schiedsgerichtsbarkeit als eine logische Folge der Unterzeichnung des Kelloggpaktes betrachte.

SPD. Auf Veranlassung des Reichsministers des Innern fand am Montag im Reichstag zwischen den Regierungsparteien eine Besprechung wegen Stützung der Komnick A.G. in Elbing und der Union-Giesserei in Königsberg statt. Von der Regierung wurde vorgeschlagen bei der Union-Giesserei, die kürzlich in Konkurs gegangen ist, den an sich rentablen Werftbetrieb in Verbindung mit der Schichau-Werft aufrechtzuerhalten und der Komnick A.G. einen langfristigen Kredit zu gewähren. Es handelt sich hier um eine Sanierungsaktion, bei der die Kosten je zur Hälfte von Preussen und vom Reich getragen werden sollen. Der Gesamtaufwand in beiden Fällen wird für das Reich etwa 1,4 bis 1,5 Millionen Mark betragen.

Zu einer abschliessenden Stellungnahme kam es nicht, da Vertreter mehrere Fraktionen Bedenken gegen die vorgeschlagenen Schritte äusserten, obwohl sie die Notlage der ostpreussischen Wirtschaft anerkannten.

SPD. Paris, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Litwinow-Prozess stellte der Staatsanwalt den Geschworenen am Montag anheim, die Schuldfrage nach eigenem Ermessen zu bejahen oder zu verneinen. Er wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass die drei Angeklagten sich des Betrugsdeliktes schuldig gemacht hätten, da sie die gefälschten Wechsel in Frankreich absetzen wollten. Die Angeklagten seien daher wegen Betruges zu verurteilen, wobei er aber als Staatsanwalt keine Bedenken gegen die Zubilligung mildernder Umstände erheben würde.

SPD. Leipzig, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Bäcker Robert Prigahn wurde vom Schöffengericht Brandenburg am 26. Juli 1929 wegen Vergehen gegen das Republikenschutzgesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die von ihm gegen das Urteil eingelegte Revision wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Der Angeklagte war seinerzeit in Brandenburg in der Uniform des verbotenen Rotenfrontkämpferbundes aufgetreten. Er wurde deshalb festgenommen; die Uniform wurde beschlagnahmt. Das Reichsgericht sagt in seinem Urteilsspruch, der Angeklagte habe durch das Tragen der Uniform den Anschwein erwecken wollen dass der Rote-Frontkämpferbund noch bestand. Daher sei seine Verurteilung zu recht erfolgt.

SPD. Paris, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Um zu verstehen, wie es möglich wurde, dass der ausserordentliche Sozialistenkongress mit einem so schrillen Misston geendet hat, muss man wissen, was hinter den Kulissen, d.h. in der Resolutionskommission, vorging.

Nicht ohne Mühe hatten es die unbedingt für die Aufrechterhaltung der Parteinheit stimmenden Elemente (wie Renaudel und Grumbach) fertiggebracht, alle ihre Gesinnungsfreunde dazu zu bringen, dass sie sich damit zufrieden gaben, erst während des ordentlichen Parteitags, der im Juni stattfinden wird, wieder in den Parteivorstand und in die übrigen Zentralinstanzen aufgenommen zu werden und auf den sofortigen Eintritt zu verzichten. Als daher ein Antrag Bracke-Blum: Der Parteitag möge beschliessen, dass die Verteilung der Sitze im Parteivorstand vom ordentlichen Kongress nach dem Schlüssel der Abstimmung über die Regierungsbeteiligung vorgenommen werden solle, mit 19 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung der Kommission abgelehnt wurde, entstand unter den Anhängern der Beteiligungsthese eine grosse Aufregung und einzelne Elemente wollten den Kongress verlassen, was zu einer formellen Spaltung hätte führen

können.

Ein neuer Vermittlungsversuch: Die Minderheit möge auf eine formelle Abstimmung verzichten und sich mit einer "moralischen Verpflichtung" der Mehrheit begnügen, wurde nach einigem Zögern von den Vertretern der Minderheit angenommen. Aber auch diese neue Konzession blieb erfolglos, denn trotz der Intervention Leon Blums lehnte die Mehrheit auch diesen Vorschlag ab. Da ausserdem bekannt geworden war, dass die Führer der Mehrheit ohne dass die Föderation vorher befragt worden wäre, mit einfacher Mehrheit beschliessen lassen wollten, dass künftig eine Zweidrittel-Majorität notwendig sein sollte, um die Beteiligungstheorie zur Annahme zu bringen, bemächtigte sich der Minderheit eine solche Erregung, dass man aufs neue an die Gefahr einer Spaltung glauben konnte. In dieser Atmosphäre ist die Erklärung von den Führern der Minderheit abgefasst worden, die Deat am Schlusse des Kongresses verlesen hat und die eine so starke Sensation hervorrief.

In der Zwischenzeit hatte sich allerdings die Mehrheit dazu bequemen müssen, ihren Vorschlag betreffend die Zweidrittelmehrheit fallen zu lassen, da eine ganze Reihe von Föderationen, die der Regierungsbeteiligung ablehnend gegenüberstanden, diesen Gewaltstreich nicht mitmachen wollten und die gegenwärtige Parteileitung infolgedessen eine Niederlage erlitten hätte, wenn es zur Abstimmung gekommen wäre. Hätte die Mehrheit die Vertreter der Minderheit sofort wieder in den Parteivorstand aufgenommen oder hätte sie sich wenigstens entschlossen, den Antrag Leon Blums zu dieser Frage anzunehmen, so wäre die Erklärung Deats natürlich unterblieben und der Kongress hätte nach dem ganzen Verlauf der Debatte eher eine Stärkung der Parteieinheit als eine Schwächung derselben herbeigeführt.

Leider hat dieser Kongress gezeigt, dass die Autorität Blums, die vor zwei Jahren noch unerschütterlich war, in ganz ausserordentlicher Weise gesunken ist. Blum konnte mit Recht betonen, dass er in der letzten Zeit oft allein stünde. In der Tat hat er sowohl auf die sogenannte Linke wie auf die sogenannte Rechte der Partei seinen Einfluss verloren, da er sich niemals in den wichtigen Fragen zu einer klaren, auch für die Massen verständlichen Stellungnahme entschlossen hat. Man wirft ihm jetzt vor, dass er nicht einmal in der Frage der Zweidrittel-Majorität das Wort ergriffen hat. Blum hatte eine grosse Rede über die Beteiligungsfrage vorbereitet und angekündigt - aber im letzten Augenblick verzichtete er darauf, sie zu halten. Für das innere Leben der französischen Sozialistischen Partei ist diese Ausschaltung Blums nicht ohne Gefahr, denn andererseits hat sie gezeigt, dass auch die Vermittlungsaktion Vincent Auriols - der sich im Gegensatz zu Blum mitten in den heissesten Kampf des Kongresses stürzte - wirkungslos blieb.

Trotzdem wäre es wohl falsch, von einer Krise zu sprechen, die mit einer Spaltung enden müsste: zu dieser Spaltung haben wohl nur sehr wenige Personen in beiden Lagern Lust. Allerdings, wenn auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im Juni die Mehrheit versuchen sollte, im Gegensatz zu den Traditionen und der Verfassung der Partei, der Minderheit die ihr zustehenden Sitze in den Zentralorganisationen der Partei zu verweigern - dann könnte eine Verschärfung eintreten, deren Folgen vorläufig nicht abzusehen sind. Eine Spaltung der Sozialistischen Partei würde übrigens vielmehr eine Schwächung als eine Stärkung der Linken bedeuten und deshalb begreift man, dass die Reaktion sich für die Vorgänge innerhalb des französischen Sozialismus so leidenschaftlich interessiert. Man hat gesagt, dass der linke Flügel der Radikalen Partei die Spaltung bei den Sozialisten herbeiwünsche. Das dürfte jedoch falsch sein, denn eine Spaltung der Sozialisten hätte zwangsläufig auch eine Spaltung der Radikalen zur Folge.

Inwiefern die Beschlüsse des Sozialistenkongresses auf die innerpolitische Situation ihren Einfluss ausüben werden, wird man bald sehen. Es gibt Leute, die behaupten, dass Tardieu nur auf diese Beschlüsse wartete, um eine Umgestaltung des Kabinetts vorzunehmen im Sinne einer Konzentration, an der

die Mehrheit der radikalen Kammerfraktion teilnehmen wurde. Dass innerhalb der Radikalen Partei eine solche Idee Anhänger hat, steht fest. Ob jedoch eine "Linkskonzentration" sich Tardieu zu ihrem Führer erwählen würde, erscheint kaum sicher.

SPD. Im Haushaltsausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung liess der Magistrat am Montag mitteilen, dass z.Zt. neue, aussichtsreiche Verhandlungen über die Aufnahme einer 25 Millionen-Anleihe schweben.

SPD. Leipzig, 27. Januar (Eig. Drahtb)

Am Montag begann vor dem grossen Schöffengericht in Leipzig ein Prozess gegen 27 ehemalige Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes wegen Landfriedensbruch und Unruhe.

Als die Formalitäten erfüllt waren, sodass die Verhandlungen beginnen konnten, erhoben sich die Angeklagten und sangen die Internationale. Der Vorsitzende drohte Ordnungsstrafen an, wenn sich in Zukunft ähnliche Vorfälle abspielen sollten. Der Prozess dürfte mehrere Tage dauern.

SPD. Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts I begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Höhr die neue Auflage des Beleidigungsprozesses, den der Reichsanwalt Jorns gegen den verantwortlichen Redakteur des "Tagebuchs", Josef Bernstein, angestrengt hatte. Im April 1929 ist das "Tagebuch" in erster Instanz freigesprochen worden. Der Nebenkläger Jorns hat gegen dieses Urteil, das man damals in allen republikanischen und demokratischen Kreisen mit grosser Genugtuung begrüsst hatte, Berufung eingelegt. Infolgedessen wird jetzt ein noch grösserer Apparat in Bewegung gesetzt, um jene Ereignisse, die auf die Ermordung der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gefolgt sind, zu klären.

Die erste Verhandlung hat nichts wesentlich Neues zutage gefördert. Jener Artikel in "Tagebuch" von Frühjahr 1928, überschrieben "Kollege Jorns", wurde zunächst verlesen. Er knüpft an an die wüste Hetze des Reichsanwalts gegen den Pazifisten Berthold Jacob, den er um jeden Preis als "Landesverräter" ins Zuchthaus bringen wollen und beleuchtet dann die unerhört leichtfertige Art, in der der damalige Kriegsgerichtsrat Jorns die Untersuchung gegen die Luxemburg- und Liebknecht-Mörder geführt hat, Nachlässigkeit, die hart an Begünstigung grenzte. Dem Verteidiger des Nebenklägers lag viel an der Feststellung, dass der Verfasser jenes Angriffs derselbe Schriftsteller Berthold Jacob war, der sich vor dem Reichsgericht als "Landesverräter" zu verantworten hatte. Jacob ist damals nicht zu Zuchthaus, sondern nur zu einigen Monaten Festungshaft verurteilt worden. Die Absicht, dem Verfasser jenes Artikels Rachsucht als Motiv unterzuschreiben, wurde aber geschickt durchkreuzt. Sofort gab die Gegenpartei klein bei. Herr Jorns verspricht sich offenbar von der Auffrischung jenes blamablen Prozesses keine Lorbeeren.

Jorns wirft sich in die deutsche Männerbrust und behauptet, alle Vorwürfe gegen ihn seien absolut unbegründet. Er sei keinen Augenblick abgewichen von dem Wege, den ihm seine Pflicht vorgeschrieben habe. Er verfolgt wiederum die Taktik, sich hinter Befehle seiner vorgesetzten Behörden zu verschanzen, die seiner Person schon in dem ersten Prozess einen so unangenehmen subalternen Anstrich gegeben hatte. Den General Hoffmann, Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, betitelt er stets "Exzellenz": "Ich bekam von Exzellenz den Befehl, ins Eden-Hotel zu übersiedeln". "Ich habe die Herren - er meint das Gesindel,

aber er habe im Hinblick auf die alten Wünsche der Sozialdemokratie diese Forderung von vornherein ablehnen müssen. Er habe dann die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen und Zentrumsfraktion unterrichtet und den Abgeordneten Dr. Falk gebeten, dass die Demokraten zu der Frage Stellung nehmen möchten. Er habe bisher von den Demokraten keinerlei Antwort erhalten, erfahre aber, dass die Antwort in der Presse stünde.

Abg. Dr. Falk bedauerte dieses Missgeschick sehr. Die Demokratische Fraktion habe selbstverständlich zuerst den Ministerpräsidenten unerrichten wollen. Falk begründete dann den Beschluss der Demokratischen Fraktion, dass sie nicht allein Opfer bringen wolle, dass sie einen etatisierten Minister ohne Portefeuille aus Gründen der Sparsamkeit ablehne und dass sie bei der Besetzung des Kultusministeriums Rücksicht auf die evangelischen Volkskreise wünsche, weil der derzeitige Staatssekretär Katholik sei. Er betonte dabei, dass er gegen die Person des Abgeordneten König keinerlei Einwendungen habe.

Abgeordneter Heilmann (Soz) entgegnete: Zwei Ressortminister gäben die Koalitionsparteien der Volkspartei nicht; einen Ressortminister allein könne die Volkspartei nicht annehmen; also bleibe nur ein Ressortminister und ein Minister ohne Portefeuille. Wer das ablehne, solle offen sagen, dass er die grosse Koalition entzweischlagen wolle. Wenn der Sozialdemokratie das Kultusministerium mit dem Abgeordneten König verweigert werde, hätte sie an weiteren Verhandlungen kein Interesse. Unverständlich sei ihm, dass die Einwendungen gegen den Dissidenten König gerade von demokratischer Seite kämen.

Abg. Hess erklärte für das Zentrum, dass auch sie den Minister ohne Portefeuille möglichst sparsam eingerichtet wissen wollten. Mit dem Hinweis auf die Interessen der evangelischen Bevölkerungskreise sei für sie der Kultusminister König erschlagen. Denn das Zentrum denke nicht daran, den Interessender evangelischen Bevölkerung zu nahezutreten. Zweifellos werde diese raffinierte Methode der Demokraten sich weit in die Zukunft auswirken.

Ministerpräsident Dr. Braun hob hervor, dass die Forderung der Sozialdemokratie nach dem dritten Minister sofort nach den Wahlen erhoben worden sei. Sie sei auch voll gerechtfertigt gewesen, aber von ihm zurückgestellt worden, weil er die Umbesetzung des Kultusministeriums gleichzeitig mit dem Zustandekommen der grossen Koalition habe vornehmen wollen. Werde der Widerspruch gegen König aufrecht erhalten, den er zum Kultusminister vorgeschlagen habe, dann müssten die Parteien damit rechnen, dass die grosse Koalition nicht zustande käme. Er werde auch nicht wochenlang verhandeln, sondern binnen wenigen Tagen die Entscheidung herbeiführen. Er werde die Volkspartei offiziell fragen, ob sie mit dem Handelsminister und einem Minister ohne Portefeuille - ohne finanzielle Mehrbelastung - einverstanden sei oder nicht. Sobald er die Antwort der Volkspartei habe, werde er die Koalitionsparteien vor die entsprechende Entscheidung stellen.

Damit hatte die interfraktionelle Besprechung ihr Ende erreicht.

+ + +

Die Entschliessung der demokratischen Landtagsfraktion hat folgenden Wortlaut:

"Die Fraktion der D.D.P. hält heute, wie bisher, die Wiederherstellung der Grossen Koalition für erwünscht. Sie ist bereit, hierfür Opfer zu bringen, glaubt aber, dass ihr nicht zugemutet werden kann, allein solche Opfer zu bringen.

Die Bestellung eines Ministers ohne Portefeuille widerspricht dem Gedanken der Verwaltungsreform und der Notwendigkeit äusserster Sparsamkeit auch in allen Einzelausgaben. Ein Arbeitsgebiet für den neu zu bestellenden Minister ist kaum zu finden. Die Fraktion wäre damit einverstanden, wenn sich ein im Amte befindlicher Reichsminister bereit erklären sollte, gleichzeitig das Amt eines preussischen Staatsministers zu übernehmen.

Bei der Besetzung des Kultusministeriums muss auf die Stimmung der evangelischen Bevölkerung Rücksicht genommen werden, weil der derzeitige Staats-

sekretär dem katholischen Bekenntnis angehört.

Die Fraktion bittet den Herrn Ministerpräsidenten, weitere Verhandlungen, die nach der Verfassung ausschliesslich in seiner Hand liegen können, nach diesen Gesichtspunkten zu führen."

+ + +

Die Unterhaltung der volksparteilichen Vertreter, der Abgeordneten Schwarzhaupt und Dr. Böhm mit dem Ministerpräsidenten Braun, die über die Frage der Grossen Koalition am Montag spät nachmittags begann, war nach knapp einer Stunde, gegen 7 Uhr abends beendet.

Der Ministerpräsident informierte die Volksparteiler über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen. Er meinte dabei, dass der frühere Gedanke, das Staatsministerium ohne Portefeuille in Verbindung mit einem volksparteilichen Reichsministerium zu bringen, wegen der grossen Überlastung des Reichsfinanzministers Moldenhauer wohl nicht mehr in Frage kommen könne. Die Demokraten hätten nun auch konfessionelle Bedenken hinsichtlich der Umbesetzung des Kultusministeriums vorgebracht, die vom Zentrum in gewissem Sinne aufgenommen seien. Jedoch sei ein Beschluss des Interfraktionellen Ausschusses noch nicht zustande gekommen. Wenngleich durch die neuen Bedenken die an sich schon schwierigen politischen Verhältnisse abermals erschwert worden seien, glaube er doch, dass es möglich sein werde, zu einer Verständigung zu kommen. Er mache der Volkspartei das Angebot, den Handelsminister für die Staatsregierung zu stellen und ein Ministerium ohne Portefeuille zu übernehmen. In der jetzigen Zeit, wo die Finanzlage des Staates ausserordentlich angespannt sei, würde es aber nicht möglich sein, diesen Posten zu etatisieren. Es könne sich bei dem Ministerium ohne Portefeuille überhaupt nur um ein Provisorium handeln, etwa bis zu den nächsten Wahlen, nach denen wahrscheinlich leichter eine definitive Grosse Koalition zustandekommen werde. Er, der Ministerpräsident, lege Wert darauf, dass die Verhandlungen nun recht schnell zu Ende geführt würden und hoffe, dass in spätestens zwei bis drei Wochen ein Verhandlungsabschluss möglich sein.

Abg. Schwarzhaupt dankte dem Ministerpräsidenten und erklärte, er werde in der Dienstsitzung seiner Fraktion die Mitteilungen des Ministerpräsidenten bekanntgeben.

Auf die Frage nach der Umbesetzung des Kultusministeriums erklärte Ministerpräsident Braun noch, dass allerdings die Sozialdemokraten das Kultusministerium beanspruchten und dass sie darauf auch ein Recht hätten. Auf die Frage ob damit Zentrum und Demokraten einverstanden seien, verwies Braun auf die Bedenken infolge der demokratischen Entschliessung, gab aber nochmals der Hoffnung Ausdruck, dass es zu einer Verständigung mit den beiden Fraktionen kommen werde.

+ + +

Die Zentrumsfraktion des Landtages billigte am Montag-Abend die Erklärungen des Abg. Hess in den interfraktionellen Besprechungen.

+ + +

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sich am Dienstag-Vormittag mit der Lage beschäftigen und ihre Auffassung zur Lage in einer Entschliessung niederlegen.

SPD. München, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Genau vor Jahresfrist wurde die Münchener Musikerwelt von der plötzlichen Rücktrittserklärung des General-Musikdirektors Knappertsbusch überrascht. Über Nacht hatte der ebenso gefeierte wie umstrittene Dirigent die Leitung der musikalischen Akademie niedergelegt, weil er eine Kritik der "Münchener Neusten Nachrichten" über seine Aufführung der neunten Symphonie als unsachlich und unparteiisch empfunden hatte. Die Rücktrittserklärung war aber nur Theater-

donner. Denn vor den anmarschierenden Vertrauens-Kundgebungen zerriss der Generalmusikdirektor der Münchener Staatsoper sehr schnell seinen Kündigungsbrief und die ganze Affäre hinterliess den Eindruck, dass mit ihr lediglich eine unbequeme Kritik ausgeschaltet werden sollte. Um das Persönliche des Kampfes in den Hintergrund treten zu lassen bildete sich rasch eine sogenannte Vereinigung von Freunden der Musikalischen Akademie, die in einem Appell an das Heimatgefühl öffentlich erklärte: "Im Interesse der Kunststadt München müsse endlich einmal ein Kanal abgeriegelt werden, durch den stetig getrübtetes Isarwasser auf die Mühle von Münchens auswärtigen unsachlichen Gegnern fliesst. Der angegriffene Musik-Kritiker der "Münchener Neusten Nachrichten", Oskar von Pander, fand aber auch seinen Schutz vornehmlich im Kreise seiner Berufskollegen, und als ihm im Verlaufe der Auseinandersetzungen von einem Vorstandsmitglied der Musikalischen Akademie der Vorwurf gemacht wurde, er sei in seiner Kritik parteiisch, klagte er gegen sie wegen verleumderischer Beleidigung. Unter grossem Aufwand läuft nun der Prozess vor dem Münchener Gericht. Die Beklagten wollen nachweisen, dass der Kläger Pander in seiner Kritik von leitenden Persönlichkeiten des Verlages der "Münchener Neusten Nachrichten" beeinflusst worden ist und darüber hinaus, dass bei diesem Blatt auch schon früher die Freiheit des künstlerischen Urteils durch Eingriffe von oben beschränkt worden ist. Dabei handelt es sich im wesentlichen um jene Vorgänge, die seinerzeit zum Weggang Bruna Walthers von München geführt haben. Der Kern des Prozesses geht tatsächlich um das Prinzip der Freiheit der öffentlichen Kritik, weshalb auch eifrig geschürte Vergleichsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Im Verlauf des Prozesses wird auch wohl manches über den viel erörterten Niedergang Münchens als Kunststadt gesprochen und dabei allerhand "getrübtetes Isarwasser" zu klären versucht werden.

SPD. Athen, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf den griechischen Inseln Psara und Antipsara hat ein Erdbeben stattgefunden. Mehrere Häuser stürzten ein. Die von Panik ergriffenen Bewohner kampieren im Freien. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

SPD. Zwischen den dem Reich gehörigen Elektrowerken und der Stadt Berlin schweben Verhandlungen über die Gewährung eines Kassenkredits in Höhe von 25 Millionen Mark. Die Stadt Berlin gesteht den Elektrowerken dafür die Verlängerung der Stromverträge um 5 Jahre zu. Ausserdem sollen die Elektrowerke die Lieferung der zusätzlichen Mengen übernehmen. Die Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) haben sich am Montag mit der Angelegenheit befasst, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Für die Aufbringung des Kassenkredits käme nach Lage der Dinge die Reichskreditgesellschaft in Frage.

SPD. München, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Dinkelscherbener Eisenbahnprozess stellte der Staatsanwalt am Montag nach 2½ stündigem Plädoyer die Strafanträge. Er liess die Anklage gegen Oberwerkmeister Amler, den Betriebswerkvorsteher Wiedenbauer und den Reichsbahninspektir Karner fallen und beantragte ihre Freisprechung. Gegen die Angeklagten Weichensteller Hübler und Oberwerkmeister Müller verlangte er wegen je 18 Vergehen der fahrlässigen Tötung, 157 der fahrlässigen Körperverletzung und je eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung mit Todesfolgen eine Gefängnisstrafe von je einem Jahr und Tragung der Kosten.

SPD, Genf, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Während der Depeschekrieg zwischen Paraguay und Bolivien sich in Einzelheiten verliert, ohne glücklicherweise neue kriegerische Ereignisse zu ergeben, finden in Paris, wo die meisten südamerikanischen Staaten Vertreter haben und in Genf zwischen dem Völkerbundssekretär und dem Vertreter des polnischen Ratspräsidenten Besprechungen statt, die in erster Linie das Völkerbundssekretariat und den derzeitigen Ratspräsidenten Zaleski darüber informieren sollen, welche Aussichten die Regelung der Chaco-Angelegenheit hat, die nach den Zwischenfällen von 1928 die panamerikanische Union übernommen hatte. Grosses Interesse findet auch die Pressenachricht, dass die sogenannten ABC-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile) in den Konflikt eingreifen wollen. Das letzte, am Montag eingetroffene Telegramm des bolivischen Aussenministers scheint die tiefere Ursache der paraguayischen Depeschen-Offensive aufzuzeigen, indem es betont, dass Bolivien ruhig die Ausführung des von der südamerikanischen Schlichtungskommission gefällten Schiedsspruches abwarte. Dieser von Uruguay vorgeschlagene Schiedsspruch behauptet nämlich, dass Paraguay an den Ereignissen von 1928 schuld sei und fordert von Paraguay die Rückgabe und Wiederherstellung von einem eingenommenen bolivischen Forts, während Bolivien ein anderes Forts an Paraguay übergeben soll. Paraguay zieht es aber anscheinend vor, das von ihm seinerzeit eroberte Fort zu behalten. Auf der anderen Seite scheint man in Kreisen des Völkerbundssekretariates die Tatsache, dass Bolivien seit ungefähr 1923 sein Heer mit Hilfe privatim engagierter deutscher Instruktionsoffiziere organisiert, mit sehr misstrauischen Augen anzusehen. Formell ist von Bedeutung, dass Bolivien in seinen Depeschen jede kriegerische Absicht bestreitet, und dass Paraguay einen direkten Antrag auf Eingreifen des Völkerbundes bisher nicht gestellt hat.

SPD. Das endgültige Ergebnis des Hugenberg-Volksentscheids ist nunmehr in sämtlichen Stimmkreisen durch die Abstimmungsausschüsse ermittelt. Auch liegen die Meldungen über die Zahl der ausgestellten Stimmscheine, die zur Feststellung der Zahl der Stimmberechtigten erforderlich ist, aus sämtlichen Stimmkreisen vor. Der Reichswahlleiter hat daher den Reichswahlausschuss zur Feststellung des endgültigen Gesamtergebnisses im Reich auf Mittwoch, den 29. Januar berufen.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Hauptdelegierten zur Flottenkonferenz hatten am Montag eine dreistündige Unterredung nach deren Abschluss ein nichtssagendes Kommuniqué ausgegeben wurde, indem es liess, dass die Delegierten die Tagesordnung der weiteren Verhandlungen der Konferenz beraten hätten. Dieses Kommuniqué deutete mit keinem Worte an, dass es im Laufe der Besprechungen am Montag zu einer überaus scharfen Auseinandersetzung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem italienischen Delegierten Grandi gekommen ist, die beinahe die gesamte Zeit der Sitzungen ausfüllte. Beide, Franzose und Italiener, wollten an die Spitze der Tagesordnung einige Punkte einfügen, Die Franzosen wünschten die Frage der sogenannten "Global-Tonnage" und die von ihnen vorgeschlagene Möglichkeit der Tonnageverschiebung zwischen den verschiedenen Schiffskategorien, die Italiener hingegen die Festsetzung einer Maximalstärke für die grösste Macht an die Spitze der Verhandlungen gestellt zu haben. Den kleineren Staaten sollte hiernach ein entsprechender prozentualer Schlüssel zugemessen werden. Den Sieg errang schliesslich Tardieu - aber weniger weil sein Argument als durchschlagender empfunden wurde als deshalb, weil man keinen anderen Ausweg fand, als die Frage nach der alphabetischen Ordnung der Länder zu entscheiden.

Da Frankreich im Alphabet früher kommt als Italien, fiel die Entscheidung zugunsten Tardieus aus.

In Konferenzkreisen gab man sich am Montag nachmittag keiner Täuschung darüber hin, dass die Heftigkeit dieser Auseinandersetzung zwischen Tardieu und Grandi nur dadurch zu erklären sei, dass hinter dem Ringen um eine geschäftsordnungsmässige Parität die ganze Flottenrivalität zwischen Italien und Frankreich deutlich geworden sei. Man ist sich klar, dass dieser Zusammenstoss ein Vorspiel für ernstere Auseinandersetzungen zwischen Italien und Frankreich darstellen wird, die aus der italienischen Forderung nach Parität mit Frankreich einerseits, und der französischen Ablehnung dieser Parität andererseits entspringen werden.

Die englische Regierung hat den Zeitpunkt der Flottenkonferenz dazu benutzt, um einen neuen weithin sichtbaren Beweis ihres ernstesten Wunsches nach Abrüstung zur See zu geben. Wie bei Beginn der Montag-Vormittagsitzung bekannt wurde, hat die Arbeiterregierung den Beschluss gefasst, den Bau der beiden 10 000 Tonnen-Kreuzer "Surrey" und "North-Cumberland" definitiv einzustellen. Wie erinnerlich hat Macdonald bereits mehrere Wochen nach seinem Regierungsantritt die vorläufige Einstellung der Arbeiten an diesen beiden Kreuzern angekündigt. Die damalige Mitteilung MacDonalds ist nunmehr durch die Rückgängigmachung aller Baukontrakte für diese Kreuzer bestätigt worden. Die Nachricht hat in Konferenzkreisen starken Eindruck hervorgerufen und wird von den verschiedenen in London anwesenden Delegationen als ein Beweis dafür gedeutet, dass die britische Regierung volles Vertrauen in das Gelingen der Konferenz setzt,

SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrats beriet am Montag über die Ergebnisse der Haager Konferenz. Dr. Curtius und Dr. Wirth berichteten. In der Debatte wurden verschiedene Fragen aufgeworfen, die in längeren Ausführungen von den anwesenden Reichsministern beantwortet wurden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrats beschloss, die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats bereits am Freitag dieser Woche einzuberufen. Sie sollen zu dem gesamten Vertragswerk Stellung nehmen. Die Vollsitzung des Reichsrats ist für Sonnabend, den 1. Februar in Aussicht genommen.

SPD. London, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Eine Londoner Zeitung hat vor einigen Tagen einen Aufsehen erregenden Bericht gebracht, in dem die angeblichen Empfehlungen der Simon-Kommission für die weitere Verfassungsreform in Indien niedergelegt waren. Nachforschungen haben ergeben, dass es sich um eine völlig aus der Luft gegriffene Kombination eines in London lebenden indischen Journalisten handelt. Der Inder hat nunmehr selbst eingestanden, den Bericht aufgrund seiner Kenntnis der Lage in Indien und seiner Kenntnis der Persönlichkeiten der Verfassungskommission glatt erfunden zu haben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der Reichstag hatte am Montag selten hohen Besuch. Der erste nationalsozialistische Minister Deutschlands, Dr. Frick war aus seiner Residenz Weimer herbeigeeilt, um sich dem Parlament in neuer Würde zu zeigen. Herr Frick strahlte wie ein Kind nach der Weihnachtsbescherung. Mit unverhohlener Eitelkeit nahm er die Glückwünsche seiner Parteifreunde entgegen. Seine kindliche Freude ist zu begreifen. Was hätte aus diesem subalternen kleinen Juristen in der Monarchie schon werden können? Er wäre in seinem bayerischen Vaterlande in irgend einer Nebenabteilung des Münchener Polizeipräsidiams oder im Bürgermeisteramte irgend einer Kleinstadt stecken geblieben. Noch nicht einmal für seine bekannte Vertuschungskünste in Passurkunden wäre damals Verwendung gewesen. Nun ist er dank des von ihm so geschmähten Parlamentarismus, dank der republikanischen Verfassung in ein Ministeramt gelangt. Was Wunder, dass ihn diese nie erhoffte Auszeichnung zu Kopfe gestiegen ist. Ein Ministeramt ist schliesslich auch für einen Frick doch noch mehr wert, als ein monarchistischer Orden, sintemalen mit diesen monarchischen Orden im allgemeinen Einkünfte nicht verbunden waren. Ein echter Nationalsozialist aber schimpft zwar auf Futterkrippenpolitik, aber Ministergehälter nimmt er gerne von der Republik an, selbst wenn sie mit der kleinen Unannehmlichkeit eines Treueides auf die republikanische Verfassung verbunden sind. Angemerkt zu werden verdient, dass der nationalsozialistische Putschist auch von christlichnationalen Bauern und von Fraktionsmitgliedern der Deutschnationalen feierlichst begrüsst und geehrt wurde. So drückte ihm der bekannte deutschnationale Abgeordnete Schultz-Ostpreussen mit lauten Glückwünscheworten die Hand. Herr Dr. Frick freilich meint in diesem Fall prophetisch: "Es wird wohl nicht lange dauern." Immerhin scheint Herr Dr. Frick seine Befähigung zum Ministeramt einigermaßen richtig einzuschätzen.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Entwurfes eines Zündholzwaren-Monopolgesetzes. Aus dem Bericht erfuhr man, dass jetzt schon an der deutschen Produktion, die auf 27 Millionen Mark jährlich geschätzt wird, die Schwedengruppe mit 16 Millionen Mark beteiligt ist. Die deutsche Gruppe produziert für acht Millionen Mark, die beiden konsumgenossenschaftlichen Gruppen erzeugen für drei Millionen Mark Zündhölzer.

Der Volksparteiliche Finanzminister Dr. Moldenhauer übernahm restlos die Begründung, die sein sozialdemokratischer Vorgänger Hilferding gegeben hat. Er erklärte, dass das Monopol alten Wünschen der Industrie entspreche. Nur mit dem Monopol sei überhaupt eine Aufrechterhaltung der deutschen Zündholzfabriken möglich. Dann entwickelte Moldenhauer mit einem Gelöbnis zur Offenheit die Reichsfinanzlage, wie er sie sieht. Er hob stark heraus, dass diese Kreuger-Anleihe zur Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt erforderlich sei. Dann verlas er genau formuliert und jedes Wort betonend die Absage an die Steuersenkungsforderung seiner eigenen Parteifreunde. Er leugnete nicht, dass Steuersenkungen notwendig seien, aber voraus müsse unter allen Umständen die Schuldentilgung gehen. Als die frühere Regierung ihr Steuersenkungsprogramm herausgebracht habe, sei man davon ausgegangen, dass die Haushaltsentwürfe für 1930 und 1931 ohne Fehlbeträge aus früheren Jahren abgeschlossen werden könnten. Diese Voraussetzung habe sich inzwischen verschoben. Also werde mit Steuersenkungen in dem beabsichtigten Masse und Tempo nicht vorgegangen werden können. Moldenhauer verstärkte den Standpunkt noch durch den Hinweis, dass auch die Wirtschaft in erster Linie Interesse an einer Besserung unserer Etatslage habe. Mit diesen Partien der Moldenhauer'schen Rede ist gegenüber den Steuersenkungen des Besitzes im wesentlichen das gesagt, was die sozialdemokratische Fraktion und die sozialdemokratische Presse seit Monaten immer wieder ausgesprochen haben. Moldenhauer machte auch die Mitteilung, dass im Laufe dieses Jahres die Reichskredite an die Arbeitslosenversicherung die normale Höhe von 600 Millionen er=

reichen werden. Für das erste Vierteljahr des Etatsjahres 1930 errechnete er einen Fehlbetrag von 270 Millionen Mark, für das zweite Vierteljahr einen Ueberschuss von 150 Millionen Mark. Im Laufe des ersten halben Etatsjahres sind nicht weniger als 515 Millionen kurzfristiger Anleihen fällig, darunter auch ausländische Anleihen, die unter allen Umständen zurückgezahlt werden müssen. Hierzu braucht man insbesondere die erste Rate der Hilferding'schen Kreuger-Anleihe, sodass in dieser Beziehung Moldenhauer durchaus in den vor-gezeichneten Bahnen Hilferdings sich bewegt, der angeblich versagt haben soll. Der Reichsfinanzminister schloss mit dem Hinweis, dass die Finanzlage ernst, aber nicht hoffnungslos sei.

Die einzige Rede, die übrigens an diesem Tage einer langen und langwie-rigen Debatte neben der des Reichsfinanzministers allgemeine Beachtung fand, war die des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hertz. Er hob heraus, dass die Finanzlage des Reiches wahrscheinlich noch ungünstiger sei, als sie der Reichsfinanzminister dargelegt habe. Die Erklärungen Moldenhauers seien zwei-fellos so zu verstehen, dass an Steuersenkungen im Jahre 1930 nicht zu denken sei, sondern neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Der jetzt fest-stehende Fehlbetrag werde den Etat 1930 schwer belasten. Zum Zündholzmonopol erklärte Hertz, dass auch die Sozialdemokratie Bedenken habe. Sie nehme das Gesetz nur an, weil die damit verbundene Anleihe von 500 Millionen Mark durch Kreuger ein unbedingt notwendiger Teil des grosszügigen Sanierungswerkes sei.

Der deutschnationale Abg. Mentzel machte die ganz und gar oberflächliche und unbewiesene Behauptung, die Anleihe hätte auch auf andere Weise erreicht werden können. Diese Weisheit ehrt den Glauben des Herrn Abg. Mentzel. Aber ver-mutlich findet er nicht einen einzigen Finanzmann der Welt, auch keinen deutschnationalen Finanzmann, der allein auf das Geschwätz eines deutschnatio-nalen einflusslosen Abgeordneten hin dem Reich auch nur 100 Mark borgt. Im Laufe der weiteren Aussprache wurde insbesondere über die sogenannte Begünsti-gung der Konsumgenossenschaften geredet, die aus dem Monopol herausgenommen sind. Die Wirtschaftspartei, die als Opposition gegen das Monopolgesetz stimmt macht sich das Vergnügen, die Regierungsparteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, als Sklaven der übermächtigen Sozialdemokratie hinzustellen. In dieser Frage, so rief der Wirtschaftler Borrmann aus, zeuge sich wieder die Ohnmacht der bürgerlichen Regierungsparteien gegenüber der Sozialdemokratie. Ein kommunistischer Redner sprach als Beauftragter des russi-schen Zündholz-Konzerns. Die Russen wollen auf Grund der elenden Arbeitsbe-dingungen in der russischen Zündholzindustrie den deutschen Zündholzmarkt durch Schandpreise erobern; sie müssten auf diese Weise die Löhne der deut-schen Zündholzarbeiter drücken oder ganze Scharen von Zündholzarbeitern er-werbslos machen. Die kommunistische Rede zeigte aufs deutlichste, dass die Kommunistische Fraktion an deutsche Arbeitsinteressen überhaupt nicht denkt, sondern sich lediglich als Filiale russischer Wirtschaftspolitik betrachtet. Der Gesetzentwurf wurde nach den Ausschussbeschlüssen mit den Stimmen der Re-gierungsparteien in zweiter Beratung angenommen. Auf der Tagesordnung der mor-gigen Sitzung steht die dritte Beratung.

Seeräuberei als Industrieunternehmen.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Shanghai, im Januar (Eig. Bericht).

Der Mechanisierungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft erreicht nicht nur ihre Tiefen sondern auch bereits die äussersten Ausläufer dieser Tiefen. Nicht nur die Verbrecherwelt der amerikanischen und europäischen Grosstädte handlet nach den Gewohnheiten der bürgerlichen Welt, selbst ein so romantisches Gewerbe wie die Seeräuberei hat den Schimmer des Aussergewöhnlichen verloren und ist zu einem nüchternen Geschäftsunternehmen geworden. Die Zeiten sind vorbei, in denen während einsamer Fahrt auf dem Ozean ein geheimnisvoller Segler auftauchte, in Schussweite diesschwarze Flagge mit dem Totenkopf hisste, nach einigen Geschützsalven zu entern suchte, in wütendem Kampf Mann gegen Mann Besatzung und Passagiere abschlachtete und das Schiff nach einem wilden Gelage, wenn die Beute in Sicherheit gebracht war, erbarmungslos mit Mann und Maus versenkte.

Die Piraten von heute sind nicht mehr die wilden Draufgänger, die sich wie Raubtiere auf das schwächere Wild stürzen, sondern weitsichtige und mit System arbeitende Angestellte von eigens zu diesem Zweck gegründeten Konzernen, die von chinesischen Unternehmern in der gleichen Form aufgebaut und geleitet werden, wie europäische Industrie- und Handelsbetriebe. Der Seeraub gefällt sich nicht mehr im Lärm der Schlacht und im Pulverdampf der Schiffsgeschütze, die sich Breitseiten in den Holzleib jagen und sich die Segel herunterzuschliessen suchen; der moderne Pirat geht auf leisen Sohlen und die Entscheidung um den Besitz des Raubgutes konzentriert sich auf Minuten atemraubender Spannung. Die chinesische Seeräuberei, die einzige die von dem früher in allen Meeren blühenden Gewerbe noch übrig geblieben ist, ist heute ein bis in das kleinste Detail geregeltes kommerzielles Unternehmen. Sie besteht aus einer Reihe von Aktiengesellschaften, deren Kapital durch Versendung von Prospekten an Eingeweihte aufgebracht wird. Eine solche Gesellschaft nimmt erst die Wahl des Direktors vor, der sich lange und sorgfältig um die Auswahl seiner Mitarbeiter bemüht. Es ist nicht immer einfach die Piraten, die Zutreiber und vor allem das Opfer aufzuspüren.

Ist die Beute ausspioniert, dann beginnt erst die eigentliche Arbeit. Mitunter dauert es Monate bis die Vorbereitungen getroffen sind. Für derartige Zwecke besteht eine besondere Spionageorganisation, die von allen Unternehmern gemeinsam unterhalten wird, weil die Last der Spesen von einer einzelnen Gruppe nicht getragen werden kann. Ihre Agenten sind besonders zuverlässige, geschickte und mutige Menschen, die auf dem zur Beute ausersehenen Schiff oft fünf Mal und noch mehr die Reise als Passagiere erster Klasse, als Matrosen, als Zwischendeckspassagiere machen, um die Gelegenheiten für den Überfall gründlich zu studieren. Ist das Terrain einmal rekognosziert, dann kommt als nächste Arbeit die des Schmuggeln der Waffen auf das Schiff, das attackiert werden soll. Das ist in Shanghai, Hongkong und Singapore wegen der scharfen Kontrolle der Wasserpolizei unmöglich, dagegen profitieren die Piraten meistens davon, dass in Fu-Tschu, Amoy und Suchow sich gewöhnlich Scharen von chinesischen Passagieren an Bord zu drängen pflegen, deren Leibes- und Gepäckvisitation sehr schwer ist.

Die Seeräubergefahr in den chinesischen Gewässern ist so gross, dass sämtliche Schiffe für alle Eventualitäten gerüstet sind; die Offiziere tragen geladene Revolver am Gürtel, an allen Ausgängen stehen schwerbewaffnete Sikhs und Anamiten Tag und Nacht auf Posten und starke Eisengitter, die durch automatische Vorrichtungen innerhalb von Sekunden herabgelassen werden können, dienen dazu, im Augenblick von Gefahr, die Kommandobrücke von den Passagiererräumen zu isolieren.

Der Zeitpunkt eines Überfalls wird mit grossem Raffinement gewählt. Meist

stens flammt, wenn die Passagiere der ersten Klasse in Gesellschaft der unbewachten Offiziere beim Diner sitzen, an einem der Tische ein Streichholz auf, scheinbar zum Anzünden einer Verdauungszigarette bestimmt. Wie durch Zauberschlag füllt sich der Salon mit geheimnisvollen Gestalten, der gefürchtete Ruf "Hände hoch" ertönt, die gemütliche Tischgesellschaft wird systematisch ausgeplündert und in die Kabinen abgeschoben. Ist der erste Handstreich einmal geglückt, dann bleibt den Wachen und der Besatzung nichts anderes übrig als Kapitulation. In einem solchen Fall wird die Schutzgarde entwaffnet, die Kommandobrücke und der Posten für drahtlose Telegraphie besetzt und der Kapitän erhält die Ordre: "Kurs nach der Bai von Bias oder den Tod." Sofort nach gelungenem Überfall geht das Leben an Bord äusserlich seinen gewohnten Gang weiter. Nur die Navigationslichter sind gelöscht und in tiefstem Dunkel bringt ein zu diesem Zweck an Bord gekommener Lotse die Prise nach der Bucht von Bias dem berüchtigten Schlupfwinkel aller chinesischen Seeräuber. Ein vorüberfahrendes Schiff bemerkt in diesem Winkel, der im ganzen Fernen Osten den gleichen Ruf geniesst, wie die Schildkröteninseln der west-indischen Bukaniers nichts als am Ufer einige chinesische Dörfer und auf dem Wasser einige Sampans, deren Besatzung zu fischen scheint, aber in Wirklichkeit die Vedetten der Banden ist. Gewöhnlich legt ein Beuteschiff in der Morgendämmerung an. Sofort wird das nächtliche Ufer lebendig und eine Flut finster aussehender Gestalten überschüttet das Fahrzeug, um es gründlich auszurauben. Zunächst erfolgt die Sichtung der Passagiere. Erwachsene, über deren Vermögensverhältnisse meistens genaue Informationen bestehen, werden in die Schlupfwinkel auf den benachbarten Bergen geschleppt, wo sie bis zur Hinterlegung eines Lösegeldes gehalten werden und häufig durch Hunger, Kälte und schlechte Behandlung elend umkommen. Dem gekaperten Schiff werden nicht einmal Sextanten und Chronometer gelassen und es schleppt sich mühselig auf die Fahrt nach Hongkong oder Shanghai, wo die Polizei achselzuckend den Fall zur Kenntnis nimmt und der Zeitungsleser eine durch häufige Wiederholungen nicht einmal mehr sehr aufregende Extrablattsensation geniesst. Nicht immer vollzieht sich ein solcher Handstreich glatt und ohne Zwischenfall. Mitunter töten die Piraten die Wachen, Offiziere oder Reisende, die Widerstand zu leisten wagen. Mitunter kommt es auch vor, dass sie selbst den Kürzeren ziehen und überwältigt werden, dann baumeln sie wenige Stunden nach der Ankunft des Schiffes im Hafen an chinesischen oder englischen Galgen. Trotz der hohen Spesen und des grossen Risikos ist diese Art von Piraterie nicht immer ein lukratives Geschäft. Gelegentlich gelingt es wohl, Summen von 100 000 Dollar und mehr auf einen Schlag zu schnappen, zuweilen ist die Beute jedoch geringer als die Spesen des Unternehmens.

Der Seeräuberschrecken an der chinesischen Küste und auf den chinesischen Flüssen wird so lange anhalten, wie die chinesischen Behörden den Misständen gegenüber ihr östliches Phlegma bewahren. So eifrig englische Unterseeboote und Torpedobootszerstörer auf der Piratenjagd sind und auf diese Weise wenigstens das Risiko der Unternehmer schon bedeutend gesteigert haben, das Räuberwesen wird erst dann den Todesstoss erhalten, wenn die Lokalbehörden stark genug sein werden, die einzelnen Räubernester aufzuspüren und sie von Grund auf auszurauchern.

SPD. In der letzten Sitzung des Saar-Landesrats in Saarbrücken stellte der kommunistische Oppositionsführer Reinhard Fest, dass sein Kollege von der Stalinrichtung der Abg. Heckler eine Rede geredet habe, die sein Freund der Abg. Weiss schon vor einem Jahre wörtlich ebenso im Landesrat gehalten habe. Anscheinend hat die Berliner Zentrale Heckler den Vortrag nochmals geliefert, statt sich der Mühe einer Ummodlung zu unterziehen.

Unschuldig im Zuchthaus!

Von Adolf Lehing.

Nachdruck verboten.

2. Fortsetzung.

SPD. Was Louis Schmidt sagt, nehme ich nicht ohne weiteres als Wahrheit hin. Trotzdem steht für mich fest, dass der Schutzmann Rebing bei Louis Schmidt in der Zelle gewesen ist, um auf ihn einzuwirken, dass er Belastendes gegen seinen Bruder und gegen mich aussagen möge. Es ist weiter unbestrittene Tatsache, dass der Schutzmann Rebing Louis Schmidt ohne Vorwissen des Untersuchungsrichters Schokolade gegeben hat. Desgleichen steht fest, dass er ohne Vorwissen des Untersuchungsrichters dem Louis Schmidt einen Brief seiner Frau, welcher offenbar unter Einwirkung Reblings zu diesem Zweck zustande gekommen war und der in seinem Notizbuch lag, in der Zelle hat lesen lassen. Auch ist es Tatsache, dass Rebing die Bekanntmachung über den Delmenhorster Raubmord in der Zelle im Untersuchungsgefängnis bei Louis Schmidt hat liegen lassen. Wenn der Schutzmann Rebing dem Louis Schmidt in Aussicht gestellt hat, dass er aus der Sache herauskäme, wenn wir = Engelbert Schmidt und ich - drin wären, so ist das auf das Schärfste zu verurteilen.

Aber nicht auf das, was sich in der Zelle bei Louis Schmidt abgespielt hat kommt es mir in erster Linie an, sondern auf das, was sich vor den Schranken des Gerichts abspielte. Als Louis Schmidt in der Hauptverhandlung gesagt hatte, dass er von dem Schutzmann Rebing zu den belastenden Aussagen gegen seinen Bruder und mich verführt und getrieben sei, da habe ich mich sehr für die Persönlichkeit dieses Mannes interessiert. Ich habe bemerkt, dass, als der Schutzmann Rebing zum Schwur vertrat, ihm recht unbehaglich zumute war. Erst als seine Aussage zu Ende ging, schien es besser zu werden. Ich habe den Eindruck gehabt, dass Rebing nicht frei war und dass er bewusst von der Wahrheit abgewichen ist. Seine Darstellung trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit in sich. Wenn er sagt, dass er die Schokolade, die er dem Louis Schmidt in der Zelle schenkte, auf der Reise gegen Kopfschmerz gekauft hat, so will ich das schliesslich noch als annehmbar gelten lassen. Indem ich den Zweck des Besuches in Erwägung ziehe, bin ich jedoch überzeugt, dass die weitere Darstellung, dass er zufällig bei Louis Schmidt in der Zelle des Gefängnisses auf die Tasche geschlagen hat und ihm dann der Gedanke an die Schokolade gekommen sei, die er dann aus Mitleid Louis Schmidt gegeben haben will, nicht der Wahrheit entspricht.

Schokolade als Verführer.

Der Schutzmann Rebing hatte kein Mitleid mit dem Untersuchungsgefangenen Louis Schmidt. Ich bin überzeugt, dass er die Schokolade zu dem Zweck mit in die Zelle hineingenommen hat, um durch die Schenkung an Louis auf ihn einzuwirken. Ferner hat Rebing, als er, kurz vor dem Besuche bei Louis Schmidt in der Zelle, beim Untersuchungsrichter war, sehr wohl gewusst, dass er in seinem Büchlein ein Schreiben von der Frau Louis Schmidts hatte, das er dem Schmidt in der Zelle zeigen wollte. Wäre ihm das in der Zelle eingefallen, und wäre er ein gewissenhafter Beamter gewesen, dann hätte er da noch erst die entsprechende Erlaubnis des Untersuchungsrichters einholen können, bevor er einem Angeschuligten, der des Raubmordes verdächtig war, den Inhalt des Briefes zur Kenntnis gab. Und die Behauptung des Schutzmannes Rebing endlich, er habe aus Versehen die Bekanntmachung des Delmenhorster Raubes bei dem Angeschuligten Louis Schmidt in der Zelle liegen lassen, trägt den Charakter der Unwahrheit an der Stirn. Ich halte es für unmöglich, dass eine derartig grosse leuchtende Bekanntmachung in der Zelle aus Versehen liegengelassen werden kann. Der Schutzmann Rebing ist nach meiner festen Überzeugung unter Eid von der Wahrheit abgewichen. Und dieser Schutzmann hat einen wesentlichen Teil des Belastungsmaterials zusammengetragen, von dem heute feststeht, dass es restlos falsch war.

Was das Verhalten meiner beiden Mitverurteilten betrifft, so lässt sich da sagen, dass mein Schicksalsgenosse Engelbert Schmidt sich vollständig einwandfrei benommen hat. Louis Schmidt behauptet, dass er von Rebing und dem Untersuchungsrichter verführt worden ist, belastende Angaben gegen seinen Bruder und mich zu machen. Die beiden hätten ihn überhaupt ganz verrückt gemacht. Der Untersuchungsrichter hat ja auch auf mich einzuwirken versucht, indem er sagte, Louis Schmidt sei redselig geworden und habe ein Geständnis abgelegt. Er hätte gesagt, wenn ich - Lehing - nicht dabei gewesen wäre, dann würde das wohl alles nicht passiert sein. Seine Brüder wären nicht so schlimm. Dann würde der Mann auch nicht geschossen worden sein... usw. Ich habe dem Untersuchungsrichter darauf erwidert, dass es ja wohl möglich sei, dass Louis Schmidt ein Geständnis abgelegt habe. Seine weiteren Angaben aber seien völliger Unsinn. Ich wusste seinerzeit ja noch garnicht, ob Louis Schmidt an der Tat beteiligt war oder nicht.

Die Unsinnigkeit der Gegenüberstellungsmethode erreichte in der Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter ihren Höhepunkt. Er stellt mich den überfallenen Boten und verschiedenen anderen Zeugen in seinem Zimmer mit in Handschellen gefesselten Händen als den "verhafteten Täter" gegenüber. Er sagte dabei: "Es besteht gar kein Zweifel". Dann setzte er mir meine Mütze auf. Auch hierbei sagte er: "Ueber die Mütze bestehen gar keine Zweifel." Diese Gegenüberstellung betreffs Wiedererkennung wiederholte er so oft, bis etwas Belastendes gegen mich herauskam. Die Sache vor Gericht aufzuklären, wurde mir nicht erlaubt. Als der Untersuchungsrichter vor Gericht erschien und dort sagte, dass er alles so gemacht hätte, wie wir es wollten, da bin ich einen Augenblick fast an mir selbst irre geworden.

In Eisen gefesselt.

Zum letzten Male wurde ich dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Es war an einem Sonnabend, die Glocken läuteten den Sonntag ein.

Als ich vorgeführt wurde, stellte ich den Antrag, mein Fahrrad, das auf dem Bahnhof Bremen-Neustadt hinterlegt war, fortzuholen. Ich machte auch Angaben über die Aufgabe beider Fahrräder (auch das Engelbert Schmidts) am 27. November 1913, dem Tag vor der Tat. Wäre der Untersuchungsrichter auf diese Dinge eingegangen, so hätte er mit Sicherheit feststellen können, dass mein Fahrrad sowohl wie auch das Engelbert Schmidts zur Zeit der Tat im Aufbewahrungsraum des Bahnhofes Bremen-Neustadt hinterlegt war. Danach hätte festgestanden, dass wir unsere Räder zur Ausführung der Tat nicht zur Verfügung hatten.

Wiederholt meldete ich mich wieder, jedoch vergeblich. Der Aufseher sagte mir, dass er die Meldungen weiter gegeben hätte, er könne nichts daran machen, dass ich nicht vorgeführt werde. Es vergingen so 14 Tage. Nunmehr stellte ich bei der dann erfolgenden Vorführung folgenden Antrag:

"Am 28. November 1913 (als die Tat in Delmenhorst passierte) wurde in meiner Gegenwart in der Thiemannschen Wirtschaft, Bremen, Abenthorstrasse 16 von zwei Kutschern an den Händler Schlee, der mit uns dort im Hause wohnte, ein Ballen Ware um etwa 6 Uhr abgegeben. (Zeitpunkt der Tat war 5,40 Uhr, Bremen liegt 14 Kilometer von Delmenhorst entfernt). Desgleichen ein Postbrief von einem Postboten an dieselbe Adresse". Ich fügte in diesem Antrage hinzu: "Ich rufe die Kutscher und den Postboten als Zeugen an. Der Stempel des Frachtbriefes müsse der 28.11. sein."

(Fortsetzung folgt.)

aus aller Welt

Wie Eyelson starb.

Die Maschine stürzte aufs Eis - Französisches Postflugzeug verschollen - Abgestürzter Segelflieger - Immer neue Opfer der Luft.

SPD. Der Polarflieger Karl Ben Eyelson, der seit dem 9. November vorigen Jahres vermisst wird, ist im ewigen Eise tödlich verunglückt. Eyelson war mit dem Mechaniker Borland von Teller (Alaska) aus zu einem Fluge nach der Beringstrasse gestartet, um dem dort festsitzenden Motorschiff "Nanuk" Nahrungsmittel zu bringen. Die Maschine kam jedoch nicht an ihrem Ziele an, und alle von Amerika und Russland betriebenen Hilfsexpeditionen blieben ohne Erfolg. Jetzt haben die Piloten Joe Crasson und Harold Gillam, die in zwei Maschinen aufgestiegen waren, das Flugzeug des Nordpolfliegers auf einer Insel nahe der Küste, etwa 150 Kilometer östlich des Nordkaps, aufgefunden. Von den beiden vermissten Fliegern fehlt jede Spur. Der Apparat selbst ist vollkommen zertrümmert und die einzelnen Teile der Maschine lagen auf dem Eise verstreut. Der Absturz muss aus grosser Höhe erfolgt sein. Die beiden Piloten sind vermutlich sofort tot gewesen. Ihre Leichen werden tief im Schnee liegen. Sofort vorgenommene Nachgrabungen zeitigten noch kein Ergebnis. Die amerikanischen Behörden haben inzwischen mehrere Hundeschlittenexpeditionen ausgerüstet, die nach den Fliegern suchen und ihre Leichen evtl. heimbringen sollen.

Im Jahre 1928 hatte Eyelson den australischen Piloten Sir Wilkins auf dessen 20½ Stunden währenden Flug von Pont Barow (Alaska) über den Nordpol nach Green Harbom (Spitzbergen) über eine Entfernung von 2210 Seemeilen begleitet. Nach diesem glänzenden Polarfluge hatten beide Piloten Berlin einen Besuch abgestattet, wo man sie in Tempelhof begeistert empfing. -

Seit Sonnabend wird ein französisches Postflugzeug vermisst, das sich auf dem Wege von Nordafrika nach Südamerika befand und möglicherweise im Tangergobiet ein Opfer der dort wütenden schweren Stürme wurde. Seit Casablanca hat man von der Maschine, die nur mit einem Piloten und einem Funker bemannt war, nur noch in Tanger ein Telegramm aufgefangen, das von Landungsabsichten sprach.

Über der Bucht von Oakland ist nach einer Meldung aus Alameda (Kalifornien) der Leiter der Flugschule von Palo Alto, mit einem Segelflugzeug aus 1300 Meter Höhe abgestürzt. Er war sofort tot. Die Ursache des Unglücks ist Tragflächenbruch.

+ + +
Russlands neue Zeitrechnung. Nach dem von der Regierungskommission zur Durchführung der ununterbrochenen Arbeitswoche bestätigten und nunmehr dem Rat der Volkskommissare vorzulegenden Entwurf beginnt die neue Zeitrechnung in Sowjetrussland mit dem Jahre 1917, dem Jahre der proletarischen Revolution. Der 7. November soll als erster Tag der Revolution Jahresanfang werden, das Wirtschaftsjahr dagegen am 1. Januar anfangen. Die 12 Monate im Jahr bleiben, aber jede Woche hat nur fünf Tage. Die fünf Feiertage des Jahres enthalten u. a. den Lenintag am 22. Januar. Die alten Namen für die Monate und Tage bleiben, aber es gibt keinen Sonnabend und Sonntag mehr. Jeder Monat soll mit demselben Wochentag anfangen.

+ + +
Ozeansegler Müller freigesprochen. Das Amtsgericht Berlin-Köpenick sprach den Ozeansegler Paul Müller am Montag von der Anklage des Einbruchdiebstahls frei.

Müller war vor seiner Ozeanfahrt in das Boothaus seines Köpenicker Bootsbauers eingedrungen und hatte dessen Boot beträchtlich demoliert, weil der Bootsbauer dem Müller seinerzeit für die Amerikafahrt ein so defektes Fahrzeug gebaut hatte, dass es innerhalb einer Minute auf dem Müggelsee sank. Müller verlangte die bezahlten 600 Mark vergeblich zurück.

Die Verhandlung ergab, einen wesentlich anderen Eindruck, als die Akten vorgetäuscht hatten, weil das Ganze nur ein begreiflicher Racheakt war. So plädierte selbst der Staatsanwalt auf Freispruch. Der Bootsbauer selbst sagte versöhnlich: "Was tut der Mensch nicht alles, wenn er in Not ist!"

Wie sich Aman Ullah einschätzt. Aman Ullah hat mit einer italienischen Versicherungsgesellschaft eine 20jährige Lebensversicherung über eine Million Schweizer Franken abgeschlossen. Tod infolge eines Aufstands, Krieges oder eines politischen Mordes bleibt von der Versicherung ausgeschlossen.

Einzug des Radio-Autos in Berlin. Bei der Berliner Chrysler-Filiale sind drei Muster-Radio-Autos eingetroffen, auf deren Dach eine Antenne eingebaut ist. Man wird also bald so weit sein, dass man während des Autofahrens gemütlich die Radiounterhaltung genießen kann. Wegen der Erfassung der Autorundfunkteilnehmer durch die Post hat die Chrysler-Filiale mit dem Reichspostministerium Verhandlungen angeknüpft.

Unfall oder Verbrechen? Unweit des Bahnwärterhauses am Luftschiffhafen in Potsdam wurde am Montag morgen der Bahnwärter Hermann Moritz schwer verletzt aufgefunden- Man brachte ihn in das St. Josephs Krankenhaus in Potsdam. Der Fall, der noch nicht aufgeklärt ist, wurde entdeckt, als ein Personenzug von Wildpark kommend, an der Bahnwärterbude 65 vorüberfuhr und das Signal auf "Halt" gestellt fand. Der Zug hielt. Das Lokomotivpersonal fand den Weichensteller Moritz in einer Blutlache liegend besinnungslos auf. Es besteht die Möglichkeit, dass M. von der offenstehenden Abteiltür eines Personenzuges getroffen und zu Boden geschleudert wurde, woraufhin das Signal nicht mehr auf freie Fahrt gestellt werden konnte.

Amerikas roteste Stadt. Die Stadt Reading in Pennsylvania ist die einzige amerikanische Stadt, die eine gänzlich sozialistische Stadtverwaltung ihr Eigen nennt. Der Bürgermeister, der Leiter der städtischen Finanzen und sämtliche Mitglieder des Stadtrats gehören der sozialistischen Partei an. Im Schulrat fehlt den Sozialisten nur eine Stimme zur absoluten Mehrheit.

Was Mary Pickford verdient. In einem Steuerhinterziehungsprozess gegen die bekannte amerikanische Filmschauspielerin Mary Pickford in Los Angeles sind recht interessante Feststellungen über die Riesenverdiente der Künstlerin gemacht worden. Danach hatte sie bereits im Jahre 1917 ein Einkommen von 560000 Dollar, das im Jahre 1919 sogar auf über 600 000 Dollar stieg. Die Schauspielerin zahlte ihrer Mutter nach ihren eigenen Angaben eine jährliche Vergütung von 52 000 Dollar, die sie aber vorsorglicherweise von ihrer Einkommensteuerveranlagung in Abzug brachte. Eine richterliche Entscheidung über den Anspruch der Steuerbehörden auf Nachzahlung von 100 000 Dollar ist bisher nicht ergangen.

Auch ein Rekord. Der bekannte amerikanische Statistiker Robert M. Davis ist im Besitze eines sieben Fuss langen Eisenbahnbilletts, das ihm von der Pennsylvania-Eisenbahngesellschaft in New York verkauft worden ist. Das Billet, das nach den Mitteilungen der Bahngesellschaft alle bisherigen Billettlängenrekorde schlägt, ermächtigt seinen Inhaber zum Besuche von 35 amerikanischen Städten. Mr. Davis ist der Vorsitzende einer Regierungskommission für Industrie- und Handelsfragen und wird zum Studium der Produktion in den einzelnen Landesteilen die ganze Union bereisen.

Was ist ein Trolleyomnibus? Auf der Strecke Mettmann=Wülfrath im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf der bisher ein Benzinomnibus verkehrte, der sich aber nicht als rentabel erwies, wird in Kürze ein Trolleyomnibus der Rhein.-Westf. Elektrizitätswerke verkehren.

Was ist ein Trolleyomnibus? Wenn man es mit wenigen Worten sagen will: ein Strassenbahnwagen ohne Schienen. Schon vor dem Kriege hat er in einzelnen Exemplären bestanden ohne dass man auf ihn sonderlich aufmerksam geworden wäre. Nach dem Kriege hat man ihn vor allem in England in grösserem Masse verwandt, ihn vervollkommenet und gute Erfahrungen mit ihm erzielt. Die englischen Städte wie Hastings, Birmingham, Wolverhampton und Ipswich und noch über 20 andere haben schon längere Zeit Trolleyomnibusse laufen, 18 andere Städte werden im Laufe dieses Jahres ihn verwenden.

Welches waren nun die Beweggründe zur Einführung des Trolleyomnibus? In erster Linie war es der Mangel an Kapital, der es den Städten unmöglich machte, die alten ausgefahrenen Gleisanlagen zu erneuern, oder neue notwendige Linien anzulegen. Weiterhin ist der Trolleybus im innerstädtischen Verkehr beweglicher als eine Strassenbahn, er ist aber auch auf Aussenlinien mit einer Wagenfolge, die unter einer Stunde, aber über zehn Minuten liegt, rentabler. Dazu kommen die bedeutend geringeren Anlagekosten, da ja nur die Oberleitung zu legen ist. In England war auch das Bestreben massgebend, den billigen heimischen Strom zu nutzen, statt teures Geld an ausländisches Benzin zu hängen, ein Gedanke, der auch in Deutschland nicht von der Hand zu weisen sein dürfte. Ein weiteres Vorteil des Trolleybus ist eine grössere Betriebssicherheit gegenüber dem Autobus; besonders bei kaltem Wetter wird der Trolleybus nie versagen. Er kann noch mal so alt werden wie der Benzinomnibus. Auch ist seine Grundfläche viel besser ausnutzbar als bei einem Benzinfahrzeug. Da er trotz seiner Gebundenheit an den Draht ein gutes Ausweichvermögen besitzt, auch in engen Strassen bequem fahren kann, am Bürgersteig auszustiegen gestattet und sehr rasch anfährt, ferner auch nicht den erschwerenden Bestimmungen des Kleinbahngesetzes unterliegt, ist er auf guten Strassen unbedingt verwendbar.

+ + +

Zuchthaus für die Buch=Ausbrecher. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht Arnsberg den Räuber Liesegang zu 6 $\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus und den Räuber Garde zu 7 $\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus. Am 25. November 1929 waren die Angeklagten in das Verwaltungsgebäude der Chemischen Fabrik in Vocklum eingedrungen und hatten etwa 600 Mark erbeutet. Als sie fliehen wollten, wurden sie von Gendarmeriebeamten überrascht. Es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf der Räuber Wichert erschossen wurde, der auf eine sensationelle Weise die beiden Angeklagten aus der Irrenanstalt Buch befreit hatte.

+ + +

Kind vom Wolf gepackt. In der Nähe des südslawischen Dorfes Urotschevac wurde dieser Tage ein zehnjähriger Junge auf der Landstrasse von einem Wolfsrudel angefallen. In seiner Angst sprang der Knabe in den mit Schnee gefüllten Strassengraben, wo er von den Bestien umringt wurde. Einer der Wölfe fasste ihn mit den Zähnen und schleppte ihn einige Meter aus dem hohen Schnee fort, ohne ihn aber zu verletzen. Als sich aus dem Dorfe ein Schlitten mit laut bellenden Hunden näherte, wurden die Wölfe verscheucht. Zur grossen Ueberraschung fand man das Kind lebend und unverletzt. Noch bebend von dem überstandenen Schrecken erzählte der Kleine, dass ihm die wilden Tiere nur das Gesicht und die Hände geleckert hätten.

+ + +

Ann.f.d.Red. Der kommunistische Schriftsteller Dr. Karl Frank stellt fest, dass er in der politischen Abteilung der Zentrale für Organisation und in der politischen Abteilung der Zentrale für Information der KPD nicht tätig gewesen ist und er zu dem Dollarfälscher Franz Voigt keine Beziehungen unterhielt.

Deutscher Reichstag

125. Sitzung vom 27. Januar 1930, 3 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Zündwarenmonopolgesetzes.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

gibt zunächst einen Ueberblick über die Geschichte der Zündwarenwirtschaft, in der der Monopolgedanke seit 1909 immer wieder aufgetaucht sei. Auch der gegenwärtige, zum Teil auf privatrechtlicher Grundlage, zum Teil auf dem sogenannten Sperrgesetz von 1927 beruhende Rechtszustand habe noch nicht zur Gesundung geführt. Die Zündwarenindustrie sei in ihrem Bestande gefährdet oder von weiterer Ueberfremdung bedroht. Die Zündholzfabrikanten selbst sähen in dem Monopol ein geeignetes Mittel, um die Zündwarenwirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu lenken. In der Monopolgesellschaft sei ein ausreichender Einfluss der deutschen Seite sichergestellt, der Gewinn komme dem Reiche zugute. Der Ausschluss der Einfuhr komme der deutschen Zahlungsbilanz zugute und bringe der Arbeiterschaft neue Arbeitsmöglichkeiten. Der Einfluss des Reiches auf die Preisgestaltung sei ausserordentlich verstärkt. Für die Genossenschaftsfabriken sei ein befriedigender Interessenausgleich gefunden. Sie blieben zwar wie bisher ausserhalb des Monopols müssten aber erhebliche Sonderabgaben von 60 RM pro Kiste an das Reich entrichten.

Aus Gründen der Kassenlage, so führte der Minister weiter aus, hielt es die Regierung für richtig, für die Vorteile, die bei Schaffung des Monopols auch den der schwedischen Seite gehörenden Zündholzfabriken in Deutschland zuflossen, eine gewisse Gegenleistung durch Gewährung einer langfristigen Anleihe zu verlangen. Die Anleihe beträgt 125 Millionen Dollar bei 6 Prozent Verzinsung und 93 Prozent Auszahlungskurs. Sie ist mit 50 Millionen Dollar spätestens 7 Monate und 75 Millionen Dollar spätestens 16 Monate nach der Verkündung des Monopolgesetzes zahlbar. Es ist der Regierung gelungen, eine 50 jährige Laufzeit durchzusetzen und die Tilgung erst vom zehnten Jahre ab beginnen zu lassen. Die Bedingungen sind also nicht ungünstig, auch im Vergleich mit der preussischen Amerikanleihe von 1926 und 1927. Einschliesslich der Handelsmonopolmehrgewinne für die Schweden bewegt sich die Effektiv-Verzinsung um 7 Prozent herum. Die Anleihe wird zunächst von der schwedischen Zündholztruppe selbst gegeben, sie darf in den nächsten 3 Jahren nicht zur Auflegung auf den Kapitalmarkt kommen.

Der Minister erörterte dann die im Haushaltsausschuss aufgeworfene Frage, ob Deutschland die Anleihe überhaupt braucht, und ging dabei auf die Kassenlage des Reiches ein. Er habe bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung vorgefunden, das 900 Millionen Steuersenkung für die Wirtschaft vorsah und den 450 Millionentilgungsfond. Beide Verpflichtungen sollten erfüllt werden. Allerdings müsse die Schuldentilgung das Primäre sein. Die Einnahmen an Steuern seien in den letzten Monaten in einem Masse hinter den Schätzungen zurückgeblieben, dass die ursprüngliche Absicht, das Defizit des Jahres 1928 im Jahre 1929 abzudecken, nicht mehr verwirklicht werden könne. Gerade vom Standpunkt der Wirtschaft aus sei eine endgültige Bereinigung der Etats- und Kassenlage ein dringendes Erfordernis.

Der normale Kassenbedarf des Reiches entstehe dadurch, dass Geldeingang und Geldausgang sich nicht vollständig anpassen liessen. Der Betriebsmittelbedarf betrage etwa 450 Millionen, von denen 250 Millionen nur zu bestimmten Terminen, 200 aber dauernd die Kasse belasten. Dieser Bedarf erhöhe sich, wenn im ordentlichen Haushalt ein Defizit entstehe, oder Anleihen zur Deckung des Extraordinariums nicht aufgenommen werden können. Der Kassenbedarf habe sich Ende Dezember auf 1700 Millionen beziffert, und zwar 800 Millionen ungedecktes Extraordinarium, 450 Millionen normaler Betriebsmittelbedarf, 150 Millionen Fehlbetrag 1928 und 300 Millionen Fehlbetrag 1929. Diesem Bedarf ständen nur Deckungsmittel in Höhe von 1370 Millionen gegenüber. Es ergebe sich ein Kassenfehlbetrag von 330 Millionen, der durch einen kurzfristigen Kredit gedeckt werden musste.

Ende März trete zwar der Fehlbetrag 1929 nicht mehr in Erscheinung, da er durch die Youngersparnisse ausgeglichen werde. Dagegen erhöhe sich das Extraordi-

narium um 50 Millionen zur Beteiligung an der Preussenkasse und um weitere Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die trotz der Beitragserhöhung seit Januar in diesem Jahre 375 Millionen Kredit beanspruchen werde, wovon erst 150 Millionen in den Etat eingestellt seien. Hinzu kämen 30 Millionen für Stützungskäufe von Reichsanleihen, sodass das Extraordinarium sich bis Ende März auf schätzungsweise 1100 Millionen erhöhe. Der Kassenbedarf betrage also auch Ende März rund 1700 Millionen.

An Deckungsmitteln ständen 400 Millionen Reichswechsel zur Verfügung, 100 Millionen Betriebskredit bei der Reichsbank, 350 Millionen Ueberbrückungskredit von Ende Dezember, 225 Millionen Bankkredit, 210 Millionen Auslandsbankkredit, 225 Millionen Kredite von Reichsbahn und Reichspost, zusammen also 1510 Millionen, von denen noch 1010 Millionen konsolidiert werden müssen. Da noch 100 Millionen vorhanden seien, ergebe sich zur Ueberwindung des März-Ultimo ein Spitzbedarf von 90 Millionen, zu dessen Deckung die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet seien.

Abg. Dr. H e r t z (Soz.) :

Nach dem Ergebnis der ersten Lesung musste man eigentlich mit einer allseitigen Ablehnung der Gesetzesvorlage rechnen, denn kein Redner hatte sich für sie ausgesprochen. Aber die Dinge liegen doch anders; denn keine Betrachtung kann an der Tatsache vorübergehen, dass diese Vorlage nur ein Teil eines grosszügigen Gesetzes zur Sanierung der Reichsfinanzen ist. Darum kann keinem die Ablehnung leicht werden. Die Darlegungen des Ministers über die Kassenlage und seine Schlussfolgerungen daraus sind so wichtig, dass man sich zunächst einmal damit beschäftigen muss. Ich begrüsse sein Gelöbnis, dem Reichstag jederzeit vollste Klarheit über Kassen- und Etatlage zu verschaffen. Nur auf diesem Wege allein können wir der Schwierigkeiten Herr werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun sagt der Minister, die Entwicklung der Reichsfinanzen sei 1929 wesentlich ungünstiger gewesen als man in der Öffentlichkeit angenommen habe. Für uns Sozialdemokraten ist diese Wahrheit keine Neuigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Öffentlichkeit muss einmal auf diese Tatsache aufmerksam gemacht werden; denn die Öffentlichkeit ist bei den bisherigen Erörterungen über die Finanzreform an der Tatsache vorübergegangen, dass der Ueberschuss aus der Young-Erleichterung für Kassen- und Etaterleichterung notwendig ist. Dazu kommt, dass dieser Erleichterungsbetrag um 700 Millionen Mark verkürzt für das Etatsjahr 1930 in Betracht kommt. Entgegen der ursprünglichen Annahme wird die Erleichterung des Jahres 1929 lediglich dazu ausreichen, um den Fehlbetrag von 1929 zu decken; der Fehlbetrag von 1928 in Höhe von 154 Millionen Mark belastet aber den Etat für 1930. Darum kann von Steuersenkungen irgend welcher Art für 1930 gar nicht die Rede sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das umso weniger, da ja nach den Ausführungen des Ministers der Steuersenkung die Bereinigung der Kasse und des Etats vorausgehen habe. Sehr richtig bemerkt der Minister, dass die Offenlegung neuer Steuerquellen zur Vermeidung eines neuen Defizits nicht umgangen werden kann.

Die ungünstige Entwicklung des Haushalts 1929, die Verschiebung der Deckung des Fehlbetrages von 1928 auf 1930, die Schuldentilgung von 450 Millionen Mark stellen eine schwere Belastung des Etats für 1930 dar. Trotzdem nun der Minister eine genaue Aufstellung über die Entwicklung der Kasse gegeben hat, habe ich doch den Eindruck, als ob nicht alle unsicheren Faktoren, mit denen man rechnen muss, von ihm angeführt worden sind. Es ist darum nicht ausgeschlossen, dass die wirkliche Entwicklung noch trüber ist als das von ihm gezeichnete Bild sie uns erwarten lässt. Er spricht ja selbst von etwaigen rückläufigen Steuereinnahmen und von der ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes. Aber wir müssen auch daran denken, dass im Laufe dieses Jahres die Rückzahlung von mehreren kurzfristigen Krediten fällig ist. Diese Rückzahlungen könnten neue Schwierigkeiten bringen. Die Auffassung von der Finanz- und Kassenlage des Reiches, wie wir sie sehen, hat meine Freunde zu der Frage veranlasst, ob unsere wirtschaftlichen Bedenken nicht zurückzustellen sind hinter die grossen finanzpolitischen Erwägungen.

Der Entwurf des Zündwarenmonopolgesetzes, das nur ein Zwischenhandelsmonopol enthält, bleibt eine an und für sich recht bedenkliche Massnahme. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber das Gesetz von 1927 hat bereits feste Verhältnisse auf diesem Gebiete geschaffen, ausserdem wird der Einfluss des Schwedenkonzerns durch das Gesetz nicht gefördert sondern gehemmt; darum sehen wir in dem Gesetz einen Vorzug. In der Staatsaufsicht sehen wir ein wichtiges Moment, das uns die Zustimmung erleichtert. Durch den Gesetzentwurf werden die freien Produzenten nicht benachteiligt, sondern er bedeutet eine starke Sicherung für die Erzeuger. Auch der Teil der Verbraucher wird geschützt, der sich auf den Bezug der Haushaltsware beschränkt. Durch besondere Bestimmungen ist dafür gesorgt, dass Angestellte und Arbeiter, die durch die Neuregelung ungünstig betroffen werden, für den Ausfall in ihrem Einkommen anderweitig entschädigt werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Entscheidend für uns ist jener Teil gewesen, der sich auf die genossenschaftliche Produktion der Zündholzwaren bezieht. Wir sind weit entfernt davon, der genossenschaftlichen Produktion innerhalb der Gesamtproduktion eine besondere Vorzugsstellung einräumen zu wollen, die sie nicht an und für sich durch ihre Verbraucherorganisation ausüben könnte. Falsch ist es, wie behauptet wird, dass dieser Entwurf parteipolitische sozialistische Expansionsgelüste fördert. Das Zündholzsperrgesetz von 1927 ist entstanden, weil die freien Produzenten sich des Wettbewerbs des weit leistungsfähigeren Schwedenkonzerns nicht mehr erwehren konnten und vor der Aufsaugung durch den Schwedenkonzern standen. Damals ist die Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG) dem seinerzeit geschaffenen Konzern freiwillig beigetreten. Das hat uns jetzt dazu veranlasst, keiner Ausnahmestellung der genossenschaftlichen Produktion zuzustimmen. Die GEG hat 1927 ihren Beitritt zum Syndikat vollziehen können, weil ihr unbeschränkte Produktion zugesichert war, weil sie in ihrer Preisgebarung unabhängig war und weil ihr Absatz an die ihr angeschlossenen Vereine keinerlei Beschränkungen unterlag. Diese Bedingungen müssen erhaltenbleiben.

Wir stimmen der Vorlage in ihrer jetzigen Form zu, obwohl sie nicht unwesentlich gegenüber der ursprünglichen Fassung in der ersten Lesung abgeändert worden ist. Wir haben jetzt den Festpreis statt des ursprünglich vorgesehenen Kleinhandelshöchstpreises. Wir haben jetzt eine gesetzliche Sicherung für die Qualität der vom Syndikat zu liefernden Streichhölzer. Unsere Zustimmung zu dem Gesetz können wir trotzdem verantworten, weil die Vorlage in ihrer jetzigen Form die Verbraucher schützt, die Genossenschaften nicht einengt und weil sie in enger Verbindung mit der Sanierung der Kassenlage des Reiches und der Reichsfinanzen steht. Wir stimmen zu, weil wir in allen Massnahmen zur Finanzgesundheit das erste und wichtigste Ziel einer erfolgreichen Finanzpolitik sehen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Mentzel (Dtn.) erklärte, nicht der Schutz der deutschen Zündholzindustrie, sondern die Finanznot und die versprochene Kreuger-Anleihe seien für die Regierung die Triebfeder zur Einbringung der Vorlage gewesen. Angesichts der grossen Vorteile, die das Monopol dem Schwedentrust bietet, könne man die Bedingungen der Kreuger-Anleihe nicht übermässig günstig nennen. Für die deutsche Zündholzindustrie hätte man besser als durch ein Monopol sorgen können durch Zölle und Einfuhrsperre gegen die russische Konkurrenz. Die Deutschnationalen seien grundsätzliche Gegner eines Monopols. Im Jahre 1927 hätte sich auch Minister Curtius dagegen ausgesprochen.

Der Redner wendet sich schliesslich gegen eine Vorzugsbehandlung der genossenschaftlichen Zündholzproduktion und beantragt die Streichung der entsprechenden Bestimmungen aus der Vorlage. Die Vorlage sei die Folge der unglücklichen Finanzpolitik Hilferdings. Die Deutschnationalen würden das Gesetz ablehnen.

Abg. Dr. Köhler (Zt.) hält das Gesetz für notwendig, weil das Sperrgesetz sich als unzureichendes Mittel zum Schutz der deutschen Zündwarenindustrie erwiesen habe. Ein weiterer Grund zur Durchführung des Gesetzes sei die schwierige Finanzlage des Reiches. Nach dem schlechten Erfolg der beiden letzten Anleihen sei es verständlich, wenn der Finanzminister ein solches Experiment nicht wieder-

hole, sondern den vorteilhafteren Weg des Abschlusses mit Kreuger ging. Uebermässig günstig seien Kreugers Bedingungen freilich nicht. Besonders unsympathisch wirke die Steuerfreiheit. Man müsse sich wohl oder übel damit abfinden, weil Deutschland ohne eine Anleihe die Finanzen nicht sanieren könne. Das Zentrum habe gegen das Monopol grosse Bedenken, aber durch den Vertrag vom Oktober seien die Aenderungsmöglichkeiten sehr erschwert. Eine wesentliche Verbesserung sei immerhin im Ausschuss erreicht worden in der Richtung, dass den Wünschen des Handels entsprechend die Rechte der Konsumvereins-Betriebe beschränkt wurden. Die noch weitergehenden Wünsche des Zentrums seien an dem Widerstand des Reichsfinanzministers gescheitert. Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage würde das Zentrum dennoch der Vorlage zustimmen.

Abg. Ende (Komm.) begründet kommunistische Anträge, in denen verlangt wird, dass die Konsumgenossenschaften von jeder Beschränkung und von jeder Monopolabgabe frei bleiben. Durch den im Ausschuss vereinbarten Kompromissantrag sei der Gesetzentwurf noch arbeiterfeindlicher als bisher, für die Kommunisten also ganz unannehmbar geworden.

Abg. Dr. Pfeffer (DVP) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage in der Ausschussfassung. Darin liege ein Opfer der wirtschaftlichen Ueberzeugung Grundsätzlich sei die Volkspartei gegen Monopole. Hier werde aber die deutsche Zündwarenindustrie geschützt gegen die weitere Verdrängung durch die Auslands konkurrenz. Mit Zöllen und Einfuhrsperre wäre dieser Schutz nicht zu erreichen gewesen. Für die Volkspartei sei an der Regierungsvorlage unerträglich gewesen die Ausnahmestellung, die den Konsumvereinen zum Schaden des freien Handels eingeräumt war. Im Ausschuss seien diese Bestimmungen aber wesentlich verbessert worden. In der jetzigen Fassung sei das Gesetz für die Volkspartei annehmbar.

Abg. Borrmann (Wirtschaftsp.) erklärt, die Vorlage verletze den Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung, weil die Konsumvereine dem Einzelhandel gegenüber bevorrechtet würden. Demnach könne die Vorlage nur mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden. Die bürgerlichen Regierungsparteien hätten vor der Sozialdemokratie restlos kapituliert und das Vertrauen der Wirtschaftspartei zu den volksparteilichen Reichsfinanzministern sei enttäuscht worden. Der Redner beantragt, den in der "Edeka" zusammengeschlossenen Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels ähnliche Vergünstigungen einzuräumen wie den Konsumgenossenschaften. Nach einem weiteren Antrag soll der Monopolpreis für den Händler von 260 auf 240 Mark herabgesetzt werden.

Abg. Fischbeck (Dem.): Die Sonderbestimmung für die Konsumvereine, die Abg. Borrmann für verfassungswidrig erklärt, findet sich schon in dem Sperrgesetz von 1927, gegen das dieser Einwand nicht erhoben wurde. Bei Annahme der Anträge der Wirtschaftspartei würde die angeblich verfassungswidrige Sonderstellung auch auf die "Edeka" ausgedehnt werden. Gegenüber den Bestimmungen des Sperrgesetzes bedeutet die Ausschussfassung der Monopolvorlage eine Verbesserung zugunsten des Einzelhandels. Wenn die Herren von rechts einen besseren Weg zur Ueberwindung der Finanzschwierigkeiten zeigen könnten, dann würden die Demokraten gern auf das Zündwarenmonopol verzichten. Da das nicht geschehe, stände man vor der Notwendigkeit, das einzige Mittel anzuwenden, das sich jetzt biete, um die Reichsfinanzen und damit die Gesamtwirtschaft zu ordnen.

Abg. Rauch (Bayer.Vpt.): Wir beraten hier in Wirklichkeit garnicht über ein Monopolvergesetz, sondern über eine Anleihe, die wir zur Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt brauchen und die wir ohne Monopol nicht erlangen können. Handelte es sich um das Monopol allein, dann würden wir die Vorlage ablehnen. Wir wenden uns auch entschieden gegen jeden späteren Versuch, das jetzige Finanznotgesetz als Präzedenzfall für weitere Monopole zu benutzen. Obwohl wir nicht verantwortlich sind für die Finanzpolitik des früheren Finanzministers, wollen wir nicht durch Ablehnung des vorliegenden Entwurfs das Reich zur Zahlungsunfähigkeit bringen. Durch den Kompromissantrag im Ausschuss sind unsere Wünsche in wesentlichen Punkten berücksichtigt worden, wenn auch noch weitere Forderungen zu stellen sind. Wir legen grossen Wert auf die Annahme des von allen Regierungsparteien einge-

brachten Antrags, wonach die für den Exportpreis vorgedehene Erhöhung um 10 % wegfallen soll. Die Bayerische Volkspartei wird trotz grosser Bedenken nicht gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Neddenring (Christl. Nat. Bauernpt.) lehnt die Vorlage ab. Das Zündwarenmonopol gebe die deutsche Zündholzindustrie dem Auslandskapital preis, es verletze auch die Reichsverfassung durch die ungleiche Behandlung von Einzelhandel und Konsumvereinen und sei ein weiterer Schritt zur Sozialisierung und Vernichtung der freien Wirtschaft.

Abg. Stöhr (Nat. Soz.) begründet verschiedene Aenderungsanträge, in denen u. a. Massnahmen zur Belebung der thüringischen Zündwarenindustrie gefordert werden. Entschädigt werden müssten auch die Zündwarenkleinändler, die infolge der Bestimmungen des Gesetzes brotlos werden.

Abg. Dr. Best (Volksrechtspt.) und Abg. Arteldt (Dt. Hannov.) erklären sich gegen die Vorlage. - Die Aussprache ist damit beendet.

Angenommen wird der Antrag der Regierungsparteien auf Streichung der zehnprozentigen Preiserhöhung für Exportware. Mit dieser Aenderung wird die Ausschussfassung der Vorlage unter Ablehnung aller übrigen Aenderungsanträge in zweiter Beratung angenommen.

Die dritte Beratung wird nach 8 Uhr auf Dienstag, 1 Uhr vertagt.

Preussischer Landtag

Berlin, den 27. Jan. (Eig. Ber.)

SPD. Der Preussische Landtag führte am Montag, den 27. Januar zunächst die Beratung der Einzeltitel des Bergetats für 1930 debattellos zu Ende. Hierauf folgt die zweite Lesung des Haushalts der Staatsdomänen.

Abg. Klaussner-Storkow (Soz.)

Die allgemeine Notlage, über die die Domänenpächter klagen, können wir nicht anerkennen. Deshalb lehnen wir auch die geforderte Pachtsenkung ab. Die beste Rechtfertigung für unsere Haltung sind die inzwischen erfolgten Neuverpachtungen, die ein Mehrgebot von 17-50 Mark pro Hektar brachten. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch die vom Staate selbst bewirtschafteten Domänen brachten einen ganz ansehnlichen Gewinn. Dazu kommt noch die ausgewiesene Wertvermehrung aus eigenen Betriebsmitteln, obwohl es sich hier um Beispielswirtschaften mit höheren Verwaltungskosten und höheren Löhnen als in der Privatwirtschaft handelt und obwohl hier wirklich die Steuern und Soziallasten in voller Höhe gezahlt wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Wo bleibt demgegenüber die Privatwirtschaft und die Ueberlegenheit des Privatbesitzers? Hier zeigen wir den Weg, nach den Vorschlägen des sozialdemokratischen Agrarprogramms durch eine Stabilisierung der Preise und Beseitigung der unnötigen Zwischenspanne zwischen Erzeuger- und Konsumentenpreis der Landwirtschaft und auch dem Volke zu helfen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Erfreulich ist auch die Vermehrung der bäuerlichen Beispielswirtschaften, die durch Anschauungsunterricht stärker als alle Theorie die bäuerliche Bevölkerung aus sich selbst heraus zu einer Umstellung ihrer vielfach veralteten Bewirtschaftungsmethoden veranlassen. Dasselbe gilt als Beispielswirtschaften in viel stärkerem Masse auch für die Weinbaudomänen, die sich einen gesunden wirtschaftlichen Aufbau und möglichste Schonung der menschlichen Arbeitskraft zum Ziele gesetzt haben. Aber auch die Landgewinnung durch Kultivierung der Moore zur Förderung des Gemüsebaus auf den Mooren sollte in stärkerem Masse betrieben werden.

Ein besonders Augenmerk sollte der Herr Landwirtschaftsminister auf jene Sorte reaktionärer Domänenpächter richten, die ihre Arbeiter unter schärfstem Terror zur Einzeichnung für das Stahlhelmvolksbegehren gezwungen haben und die Arbeiter entliessen, wenn sie sich dem Druck nicht fügten. Die Pachtung einer Staatsdomäne ist nun einmal eine besondere Vergünstigung von seiten des Staates und der Staat sollte nicht ruhig zusehen, wenn Leute, die eine solche Vergünstigung geniessen, gegen ihn arbeiten und seinen Sturz wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine besondere Nummer ist der Major a. D. Meyer aus Wutzkow in Pommern, der als Domänenpächter nicht nur den Arbeitslohn und die Versicherungsbeiträge schuldig blieb, sondern darüber hinaus noch eine halbe Million Mark Schulden machte. Dabei hat er auch den Staat mit 100 000 Mark beteiligt. Dieser Mann hat es für nötig gehalten, sich eine eigene Stahlhelmleibwache von 30 Mann zu halten. Jetzt hat er es allerdings vorgezogen zu verschwinden, um in Steiermark bei der Heimwehr wieder aufzutauchen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf einzelnen Domänen herrschen überhaupt unerhörte Zustände in bezug auf die Behandlung der Arbeiter, die an die schlimmsten Zeiten des Feudalssystems erinnern. Besonders traurig sind vor allem die Wohnungsverhältnisse. Der Bau von Neuwohnungen geht nach unserer Auffassung noch viel zu langsam vor sich. Wenn man 100 Millionen für Siedlungen bereitstellt, dann haben die Landarbeiter auf den Staatsdomänen gewiss das Recht, menschenwürdige Wohnungen zu verlangen. Gerade in der jetzigen Zeit ist der Schutz der Arbeitskraft die erste Pflicht.

des Staates. Aber sie haben nicht nur ein Recht auf gesunde Wohnungen, sondern auch auf ausreichende Löhne, auf menschliche Behandlung und auf Anteil an der modernen Kultur. Dieses Recht wird ihnen von den Domänenpächtern verweigert und der Staat hat die Pflicht, auf seinem eigenen Grund und Boden durch Druck auf die Nutzniesser der Staatsdomänen bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Landarbeiter zu erzwingen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Justi (Dtn.) bedauert, dass der Vorredner die allgemeine Notlage der Domänenpächter bestreitet. Schuld an den misslichen Verhältnissen trage die Ueberspannung der Sozialgesetzgebung. Auch die Domänenpächter müssten für sich das Recht der Freiheit ihrer politischen Gesinnung in Anspruch nehmen.

Abg. Dr. Stemmler (Ztr.) fordert den Wiederaufbau der staatlichen Bäder in Westdeutschland, die unter der Besatzung gelitten haben. Der Gedanke einer Bäderanleihe müsse entschieden verfolgt werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

macht auf die Pachtrückstände der Domänenpächter aufmerksam, die bei einem Aufkommen von 11,1 Millionen Mark jetzt 6,3 Millionen Mark betragen. Davon entfallen 4,6 Millionen auf den Osten und 1,7 Millionen auf den Westen. Ein generelles Abkommen mit dem Domänenverband zur Stützung der Pächter habe er abgelehnt. Es müsse bei den bisherigen Pachtsätzen bleiben. Indessen solle eine verstärkte langfristige, grösstenteils zinsfreie Stundung gewährt werden. Für Siedlungszwecke sind 5 Domänen bereitgestellt, doch müsse bei dem grossen Angebot auf dem freien Markt Zurückhaltung in der Hergabe von Domänen geübt werden. Der Landarbeiterwohnungsbau habe seit 1925 eine wesentliche Förderung erfahren. Obwohl schon 40 Eigenheime errichtet seien, habe der weitere Bau derselben nicht nur bei den Pächtern, sondern auch bei den Arbeitern Bedenken gefunden. Die Entwicklung der staatlichen Bäder zeige mit Ausnahme von Schlangenbad eine günstige Entwicklung. Die Urbarmachung staatlicher Moore und die Landgewinnung an der schleswig-holsteinischen und ostfriesischen Küste werde weitergefördert.

Abg. Neddermeyer (Komm.) stellt fest, dass über die Not der Kleinpächter im Ausschuss keine der bürgerlichen Parteien ein Wort verloren habe. - Abg. Meyer-Wiesbaden (DVP.) bezeichnet das Aufkommen der Pachten in Oberschlesien als besonders ungünstig. Angesichts der Notlage der Landwirtschaft müsse bei Eintreibung der Rückstände wohlwollend verfahren werden. Nicht nur die staatlichen Bäder, sondern auch die Gemeindebäder bedürften mehr als bisher der staatlichen Förderung.

Weiterberatung Dienstag, den 28. Januar mittags 12 Uhr vertagt. Um 2 Uhr Abstimmung über den Bergetat.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 27. Januar (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag konzentrierte sich am Montag begreiflicherweise das Allgemeininteresse weniger auf die Plenarsitzung als auf die schwebenden Verhandlungen über die Regierungsumbildung, über die an anderer Stelle berichtet wird.

Vor ziemlich schwach besetztem Hause begann der Landtag die zweite Lesung des Haushalts der Staatsdomänen. Als erster Debatteredner sprach der sozialdemokratische Abg. Klaussner-Storkow, der es ablehnte, dem allgemeinen Geschrei der Staatsdomänenpächter auf eine Pachtsenkung nachzugeben. Die beste Rechtfertigung für diese Haltung seien die amtlich ausgewiesenen Erträge der vom Staate selbst bewirtschafteten Domänen, die als Beispielswirtschaften trotz höherer Verwaltungskosten, höherer Löhne und tatsächlich gezahlter Steuern und

Soziallasten ihre Ueberlegenheit gegenüber der soviel gerühmten Privatwirtschaft bewiesen haben. Hier ist der erste Schritt auf dem Wege, nach den Vorschlägen des sozialdemokratischen Agrarprogramms durch eine Stabilisierung der Preise und Beseitigung der unnötigen Zwischenspanne zwischen Erzeuger- und Konsumentenpreis nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem ganzen Volke zu helfen. Dasselbe trifft auch auf die bäuerlichen Beispielswirtschaften zu, die schliesslich durch den Anschauungsunterricht stärker als alle Theorie die bäuerliche Bevölkerung zu einer Umstellung der vielfach veralteten Bewirtschaftungsmethoden zwingen wird. Dass die Reaktion in den Staatsdomänenpächtern noch immer eine sehr feste Stütze findet, zeigten die vom Redner vorgetragene Fälle, wonach Domänenarbeiter unter dem Druck schärfsten Terrors zur Einzeichnung für das Volksbegehren gezwungen oder aber entlassen wurden, wenn sie den Mut aufbrachten, sich zu weigern. Eine Glanznummer ist in dieser Hinsicht ein Major a.D. Meyer aus Wutzkow i. Pommern, der nicht nur den Arbeitslohn und die Versicherungsbeiträge schuldig blieb, sondern darüber hinaus noch eine halbe Million Mark Schulden machte, der sich aber eine persönliche Stahlhelmleibwache von 30 Mann hielt. Jetzt ist dieser Mann verschwunden, um bei der Heimwehr in Steiermark wieder aufzutauchen. Es ist einfach unmöglich, dass der Staat solche Existenzen, die offer auf seinen Sturz hinarbeiten, durch Verlängerung der Pachtverträge und Stundung der Pachtrückstände Lebensmöglichkeit gibt. Ein besonders Kapitel ist auch die Behandlung der Domänenarbeiter und die besonders traurigen Wohnungsverhältnisse, die zum Teil noch an die schlimmsten Zeiten des Feudalsystems erinnern. Hier hat das Ministerium die Aufgabe, durch Einwirkung auf die Domänenpächter sehr energisch eine Besserung der Lohn- und Wohnverhältnisse zu erzwingen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger lehnte zwar auch eine Senkung der Pachtsätze ab, will aber für die recht erheblichen Pachtrückstände eine verstärkte, langfristige und grösstenteils zinsfreie Stundung gewähren. Ob eine solche Massnahme richtig ist, ist zu bezweifeln, zumal die Beispielswirtschaftler zeigen, dass ein grosser Teil der Pächter nicht rationell wirtschaften kann und offenbar sein Hauptaugenmerk nicht auf die Bewirtschaftung von Grund und Boden, sondern auf reaktionäre Umtriebe richtet.

Die Deutschnationalen forderten natürlich generelle Stützungs-massnahmen für die notleidenden Domänenpächter, die erst durch die soziale Gesetzgebung der Republik in diese schwierigen Verhältnisse hineingekommen wären.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Blutiger Ernst und blutiges Spiel.

SPD. Am politischen Horizont stehen Wolken. Was wird im Reich werden? Kann von Preussen her eine Entspannung im Reich eintreten? Wird bei den parlamentarischen Hilfstruppen der Arbeitgeber in ihrem Widerstand gegen die sozialpolitischen Notwendigkeiten Mässigung eintreten? Die neuen Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung lassen das kaum erhoffen. Die Gerüchte von einer sehr ernstesten Bedrohung des Sozialertrags wollen nicht verstümmen. Der Wohnungsbau-markt ist noch immer nicht finanziert. Die öffentliche Wirtschaft ist gefährdet. Der Gedanke an einen Aderlass der Sozialversicherung zur Finanzierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung spukt in vielen Köpfen - kurz: Gefahren an allen Ecken und Enden, ernste Gefahren für die Arbeiterschaft.

Gefahr und Not vereint oft die Menschen. Bei Seenot und Feuersbrunst verstummen oft langjährige Feindschaften. Die Not der Arbeiterschaft, die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt ist so schlimm wie eine Naturkatastrophe, allein die Feindschaft der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften verstummt nicht. Im Gegenteil: Moskaus Eiferer und Geiferer rasen in Hassorgien und treiben ihr Spiel mit den Arbeitern, ihr verheerendes und blutiges Spiel, weiter. In einem Augenblick, wo an der Klassenfront die Kräfte aufeinanderstossen und es im Ringen für und gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter blutig ernst wird, wissen die deutschen Kommunisten nichts besseres als ihr blutiges Rot-Front-Spiel weiterzuspielen.

Noch nie in der Geschichte der Klassenkämpfe gab es ein für die Arbeiterschaft so widerwärtiges Schauspiel als das, an Erbärmlichkeit und Niederträchtigkeit nicht mehr zu überbietende Treiben der Knechte Moskaus. Sie haben es mit ihren Phrasen fertiggebracht, einen Teil der Arbeiter so zu verdummen, dass er sich ernsthaft einbildet, mit Strassenkrawall etwas für den Fortschritt der Arbeiterklasse beitragen zu können. Alle Welt - nur nicht der von der Presse der Moskauer verwirrte Teil der Arbeiter - ist sich darüber klar, dass die blöden Balgereien, Stechereien und Schiessereien nur eine Angelegenheit der Polizei, niemals aber des Klassenkampfes sind. "Rot-Front" ist niemals Klassenkampf gewesen und wird es nie sein. Sie ist nur ein Spielzeug - ein gefährliches Spielzeug, gefährlich genug, um ganze Städte in Brand zu setzen, trotzdem aber nur ein Spielzeug ahnungsloser, hemmungsloser und skrupelloser Elemente. Verglichen mit der wirklichen Technik des modernen Klassenkampfes sind die Waffen der KPD, ihre öde Demonstriererei, Prügelei und Knallerei von geradezu grotesker Rückständigkeit. Nur ausgemachte Hohlköpfe sind imstande, sich eine völlig sinn- und fruchtlose Lümmel- und Knüppelpolitik von Moskau vorschreiben zu lassen. Nur für Moskau, niemals aber für die deutschen Kommunisten und noch viel weniger für die deutsche Arbeiterschaft hat diese Tragikomödie einen Wert.

Gegenüber der Politik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hat die "Politik" der KPD, wenn man ihr Treiben so nennen will, nur einen Vorzug: sie ist bequem. Jeder Idiot und kann diese "Politik" mitmachen; denn er braucht da nichts zu wissen, und zu verstehen von den Schwierigkeiten des modernen Klassenkampfes, von der Maschinerie der Gesetzgebung, von den Rechtsverhältnissen, von den wirtschaftlichen Vorgängen und Strömungen - er braucht nur ein

rüdes Maul zu haben, Knüppel und Stecheisen. Für die Schützengräben des modernen Klassenkampfes sind andere Qualitäten notwendig. Die Technik der Klassenkämpfe unserer Zeit erfordert Kämpfer, die mehr können als Fensterscheiben einwerfen. Der Klassenkampf ist heute mehr denn je in erster Linie ein geistiger Kampf. Wenn die Arbeiterschaft ihrem sozialen Gegenspieler nicht geistig und sittlich überlegen ist, wird sie ihn nicht besiegen. Mit dem Knüppel kann sie ihn nur niederschlagen, aber nicht überwinden. Wenn sie das wirtschaftliche Getriebe beherrschen und besser meistern will als ihr Gegenspieler, dann hat sie wirklich alle Hände voll zu tun. Sie muss eine ganze Armee von wirtschaftlich und sozialpolitisch gründlich geschulten Funktionären aus sich heraus heranbilden. Nicht mit den Beinen - mit den Köpfen muss exerziert werden! Aus der grossen Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt, die jetzt nur ein Werkzeug der Unternehmer zum Lohndruck und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen darstellt, muss ein Werkzeug der Gewerkschaften zum Aufstieg der Arbeiterschaft geformt werden. Mit jedem Arbeitsnachweis sollte eine Schule für Erwachsene verbunden sein, damit die auf dem Arbeitsmarkt müssig Herumstehenden während der Zeit der Arbeitslosigkeit technisch und sozialpolitisch unterrichtet und fortgebildet werden können. Technisierung und Rationalisierung zwingen zu scharf für Arbeitszeitverkürzung. Die gewonnene freie Zeit muss mit Hilfe einer modernen und umfassenden Volksbildungsbewegung zum Vorteil der Arbeiterschaft ausgenutzt werden. Das demokratische Zeitalter verfügt über neue technische Hilfsmittel zur Förderung der Bildung der Massen. Wir stehen erst am Anfang einer demokratischen Bildungsbewegung der Massen. Wir stehen am Anfang ganz grosser Möglichkeiten, um das politische Leben in einer bisher ungeahnten Masse den Massen zugänglich zu machen. Breiteste Oeffentlichkeit für alle wichtigen Verhandlungen politischer und gewerkschaftlicher Natur, von den Lohnverhandlungen angefangen bis zu den grossen internationalen Tagungen könnte schon jetzt herbeigeführt werden.

Zukunftsmusik? Gewiss, im Augenblick noch Zukunftsmusik. Allein unsere Zeit ist schnellebig und die grosse Kunst des Lebens besteht darin, sich von den Ereignissen und Entwicklungen nicht überraschen zu lassen. Proleten, überlegt: gibt es für die Arbeiterschaft nicht erfolgreichere Betätigungs- und Kampfmöglichkeiten als der Klamauk dieser stupiden geist- und nutzlosen von Moskau der KPD vorgeschriebenen Strassenkrawalle? Für den denkenden Arbeiter eröffnen sich Perspektiven, die ihn trotz aller Misere der Stunde mit Zuversicht erfüllen müssen.

SPD. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter hat den gesetzgebenden Körperschaften eine Denkschrift übermittelt, worin er die siebenstündige Schicht fordert. Er weist in der Denkschrift nach, dass seine Forderung nicht nur wirtschaftlich möglich ist, sondern dass die Bergarbeiter auch einen Anspruch auf die Verwirklichung ihre Verlangens haben.

Die siebenstündige Schicht wurde nach dem Krieg in den wichtigsten Revieren eingeführt und bestand bis Ende 1923. Sie ist in den zur Zeit geltenden Rahmentarifen auch jetzt noch festgelegt. Durch Gesetz vom 17. Juli 1922 wurde sie auch gesetzlich garantiert. Im November und Dezember 1923 fanden in fast allen Revieren Verhandlungen zwecks Abschluss von Ueberarbeitsabkommen statt. Bei diesen Verhandlungen wurde von den Unternehmervertretern wiederholt erklärt, das Ziel einer Vereinbarung müsse die Erreichung der Vorkriegsleistung sein, und in den dann zustande gekommenen Ueberarbeitungsabkommen ist dieses Ziel schriftlich festgelegt worden. Aus den Abmachungen geht eindeutig hervor, dass die Ueberarbeit nur eine befristete sein sollte. Heute ist die Vorkriegsleistung in allen Bergbaurevieren, mit Ausnahme von Sachsen, wo ein absterbender Bergbau mit sehr ungünstigen geologischen Verhältnissen kämpft, nicht nur erreicht, sondern weit überschritten. Die Forderung der Bergarbeiter auf Ein-

führung der Siebenstundenschicht unter Tage muss also verwirklicht werden. Die Einlösung des seinerzeit gegebenen Versprechens ist jetzt fällig.

SPD. In Berlin bemüht sich seit einiger Zeit eine Gruppe von Unorganisierten, die sich "Kommission zur Einleitung einer Gehalts- und Lohnbewegung für Reichs- und Staatsarbeiter und Angestellte" nennt, Verwirrung unter die Arbeitnehmer der Justizministerien zu tragen. Von welchem Geiste diese Gruppe neher Quertreiber erfüllt ist, zeigt sich überaus drastisch in einer dieser Tage in den Residenzfestsälen stattgefundenen öffentlichen Versammlung. Eine Angestellte eines Berliner Amtsgerichts, hatte sich erlaubt, gegenüber dem Referenten ihre etwas abweichende Meinung vorzutragen. Die Folge war, dass sie kurzerhand aus dem Saal hinausgeworfen wurde. Diese Pöbelei war für die anwesenden Landtagsabgeordneten Veranlassung, sich zu entfernen. Nachdem die Versammlung "gereinigt" war, ergriff der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler das Wort, um der Versammlung auseinanderzusetzen, dass in erster Linie der Kampf "draussen" organisiert werden müsse. Als ein Versammlungsteilnehmer beantragte, endlich einmal mit den ewigen Entschliessungen Schluss zu machen und offiziell mit der Regierung Verhandlungen anzubahnen, wurde von der Versammlungsleitung erklärt, es habe keinen Zweck, mit der Regierung zu verhandeln, nachdem die abgeordneten Koalitionsparteien das Lokal verlassen hätten.

Mit solchen Mätzchen will man den Angestellten und Arbeitern der Justizbehörden kommen. An die Regierung scheinen sich die Strategen nicht heranzutrauen, weil sie von vornherein überzeugt sind, dass eine Aktion ihrer "Kommission" mit einem elenden Misserfolg enden wird. Eine Pleite müsste aber die Anhänger unter den Unorganisierten ernüchtern und daher verzichtet man lieber auf praktische Arbeit.

Erfreulicherweise haben alle Hauptbetriebsräte in den Reichs- und Staatsbetrieben, die in der letzten Zeit Tagungen abgehalten haben, sich mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gegen diese Treibereien ausgesprochen.

SPD. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im letzten Jahre trotz der enormen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und trotz der beissenden Hetze der Kommunisten gerade gegen ihn keine Schwächung erfahren. Er hat seine Mitgliederzahl von 944 000 auf 960 000 gesteigert.

Ein schöner Erfolg! Man muss bedenken, dass der Kampf der organisierten Metallarbeiter Deutschlands um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen ein Unternehmertum durchgeführt werden muss, dass zu den kapitalskräftigsten und wirtschaftlich wie politisch einflussreichsten Unternehmergruppen gehört. An die Seite dieses rücksichtslosen Unternehmertums ist seit langem auch die KPD getreten, die bei der Auswahl ihrer Kampfmittel die Scharfmacher im Unternehmertumlager an Erbärmlichkeit und Niedrigkeit weit übertrifft. Der Versuch der Kommunisten, das Vertrauen der Arbeiter zum Deutschen Metallarbeiterverband zu zerstören, diesen selbst zu schädigen und seines Einflusses zu berauben, ist, wie die Entwicklung des letzten Jahres zeigt, ein Versuch an einem untauglichen Objekt. Die gute Haltung des Verbandes im Mitgliederbestand ist ein büßeres Zeichen für seine innere Erstarbung und zugleich eine Garantie, dass, sobald sich die Verhältnisse etwas bessern, mit neuer Kraft und erfolgreich an seine grossen Aufgaben im Dienst der Arbeiterklasse und für deren Aufstieg gehen kann.



Weltwarenmärkte.

(Neue Kartellpläne.- Selbst die Hochburg des Individualkapitalismus kapituliert

SPD. Während sich auf den Geldmärkten der Welt zusehende Erleichterungen durchsetzen, zeigen die Warenmärkte kaum eine Entspannung. Der Druck hat sich vielmehr verstärkt und in einer Reihe von Fällen ist es zu neuen schweren Kurseinbrüchen gekommen. Am besten wird ja die Lage durch die Getreidemärkte charakterisiert, wo die verschiedenen staatlichen Eingriffe den Rückgang der Preise nicht abstoppen konnten. Die Weizenpreise sinken weiter. Der Roggenpreis liegt unter Friedensstand und auch von der vorläufigen Einigung zwischen Deutschland und Polen über den Roggenexport erwartet man in Fachkreisen keine Entlastung des Marktes. Für diese Auffassung spricht auch der zunehmende russische Export, der den Markt vollständig in Unordnung bringt, nachdem er schon wochenlang unter dem hochgetriebenen Angebot aus den Donauländern gelitten hat.

Selbstverständlich gewinnt die Idee, durch Eingriff in die Produktion zu günstigeren Preisen zu kommen, immer mehr Anhang und zwar mehren sich die Freunde für solche Experimente in dem Masse, wie die Preise sinken. So purzelten z.B. die Gummipreise in den letzten Wochen auf einen neuen Tiefstand, was zur Folge hatte, dass man sich in der Hochburg des Individualkapitalismus, in Holland, intensiver mit "Valorisierungsplänen" beschäftigt. Die Holländer scheinen sich auch grundsätzlich mit den Engländern, mit denen sie die Kautschukproduktion fast restlos beherrschen, über eine Produktionsdrosselung geeinigt zu haben; ob aber die erörterten Valorisierungspläne durchgeführt werden, steht vorläufig auf einem anderen Blatt. Auf dem Papier lassen sich derartige Experimente nämlich weit schneller verwirklichen als in der Praxis. Das sehen wir am besten beim Zucker. Wie man es beim Zucker zu machen hätte, um gesteigerte Preise zu erzielen, darüber ist man sich seit Jahr und Tag einig. Aber die Versuche eines internationalen Zusammenschlusses sind bis jetzt missglückt. Dabei geht, nach den letzten vorliegenden Berechnungen, die diesjährige Zuckererzeugung, wenn sie auch gegenüber dem Vorjahr leicht verringert ist, weit über den Verbrauch hinaus. Alle Welt stürzt sich deshalb wieder auf den Zuckerexport. Dadurch erklärt sich, dass die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt beiseitlos niedrig liegen, d.h. auf dem Weltmarkt, nicht in Deutschland, wo man höhere Preise, rund die doppelten, bezahlt, weil man aus dem übersteuerten deutschen Zuckerpreis ja noch den deutschen Zuckerexport finanzieren muss. Aber der beiseitlos billige Weltmarktpreis für Zucker hat den Verbrauch fürs erste nicht angeregt. Das gilt u.a. für das wichtigste Zuckerverbrauchsland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch die Verhältnisse in England sind dem Absatz nicht günstig. Dort wartet man nämlich, ob Mister Snowden in seinem nächsten Haushaltsentwurf den Zuckerzoll wirklich aufheben wird oder nicht.

Der Kaffeemarkt lag in den letzten Wochen weiter ruhig. Über die Baumwollernte ist man sich seit längerer Zeit im klaren, auch darüber, dass sie, wenigstens in Amerika, diesesmal einen unverhältnismässig hohen Prozentsatz Ware enthalten wird, die nicht angedient werden kann. Man muss aber berücksichtigen, dass nur ein verhältnismässig kleiner Teil der tatsächlich geernteten Frucht unmittelbar über die grossen Zeitmärkte läuft; die Spinner, insbesondere die

Spinner Amerikas und Deutschlands, haben gelernt, auch die abfallenden Qualitäten zu verarbeiten. Da andererseits die amerikanische Wirtschaftskrise den Verkauf von Geweben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und die chinesischen Wirren und die politischen Bewegungen in Indien den Verkauf von englischen Baumwollartikeln nach Ostasien unter Druck halten, ist die Stimmung am Baumwollmarkt zumindest nicht fest, obgleich sich die Notierungen in der letzten Zeit unter Schwankungen etwas erholen konnten. Am Wollmarkt sieht es ähnlich aus, wenn hier auch andere Gründe sprechen. Es scheint sich nämlich bei der Wolle die Tatsache schärfer auszuprägen, dass ihr von der Kunstseide das Feld immer mehr abgegraben wird, insbesondere bei Damenunterkleidung und Damenstrümpfen.

Auf den Metallmärkten haben sich die Hoffnungen auf eine Belebung im neuen Jahr nur teilweise und nur vorübergehend erfüllt. So hat sich die amerikanische Metallverarbeitung stärker mit Kupfer eingedeckt; trotzdem ist der Kupfermarkt unsicher und gedrückt geblieben und nach Bekanntwerden der recht schlechten Dezemberstatistik geradezu verflaut. Verhältnismässig gut hat sich der Blei-markt gehalten. Hier hat man einen Pool gegründet und eine ähnliche Beeinflussung der Marktlage versucht, wie sie auf dem Zinnmarkt geglückt war. Allerdings hat der Pool auf dem Zinnmarkt bereits seine Wirkungen verloren. In der letzten Zeit versuchte man dann auch den Zinnmarkt durch Nachrichten über Betriebseinschränkungen in den Malavenstaaten anzuregen. Die Wirkungen hielten aber nur einige Tage an. Zink ist vernachlässigt. Auch Silber liegt sehr schwach.

SPD. Der von der Regierung vor einigen Tagen vorgelegte Nachtragsetat sieht Mehrausgaben in Höhe von 544 Millionen und Mindereinnahmen in Höhe von 349 Millionen Mark vor. Die Deckung des Gesamtbedarfs von 893 Millionen Mark soll wie folgt durchgeführt werden: 1.) Durch die Annahme des Youngplans vermindert sich die Belastung des Haushalts mit Reparationszahlungen um rund 464 Millionen. 2.) Mit Wegfall des Dawesplanes braucht die Industriebelastung von jährlich 300 Millionen nicht mehr abgeführt zu werden. Die Regierung kann daher die erste Halbjahrsrate von 150 Millionen, die bereits im Februar gezahlt werden soll, zur Haushaltsdeckung mitheranziehen. 3.) Trotzdem bleibt noch ein restlicher Fehlbetrag von 278 Millionen, für den keine Deckung vorhanden ist und der infolgedessen nach dem Vorschlag der Regierung auf Anleihe übernommen werden soll. Diese neue Anleiheermächtigung von 278 Millionen wird in der Hauptsache benötigt, um die zusätzlichen Darlehen an die Arbeitslosenversicherung von 222,5 Millionen abzudecken und die Beteiligung des Reichs an der Preussenkasse mit 50 Millionen zu etatisieren.

Die Gestaltung der Deckungsvorschläge zeigt am klarsten, dass es der Reichsregierung nicht möglich erscheint, bereits durch den Nachtragshaushalt 1929 die vollständige Sanierung des Reichshaushalts durchzuführen. Ursprünglich war beabsichtigt, mit Hilfe der Reparationserleichterung im Rechnungsjahr 1929 nicht nur das ganze Defizit von 1929, sondern auch den Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1928 von 154 Millionen abzudecken. In der vorliegenden Fassung verzichtet aber der Nachtragshaushalt nicht nur auf die Ausgleicheung des Fehlbetrages 1928, sondern weiss selbst für die Deckung des Fehlbetrages 1929 in Höhe von 278 Millionen keinen anderen Rat als die Erhöhung der Anleiheermächtigung. Praktisch bedeutet das, dass Fehlbeträge von insgesamt 432 Millionen auf den Haushalt 1930 verschoben werden. Da dieses Rechnungsjahr ausserdem durch die Bildung des Tilgungsfonds mit 450 Millionen vorbelastet ist, müssten streng genommen im Rechnungsjahr 1930 allein aus diesen beiden Ursachen für 882 Millionen neue Einnahmen beschafft werden. Es besteht aber die Möglichkeit, die Abdeckung der Fehlbeträge von 1928 und 1929 auf den Tilgungsfonds zu verrechnen, weil diese Summen kassenmässig bereits grösstenteils verausgabt sind und gerade die Schwierigkeiten in der Reichskasse hervorgerufen haben, die zur Bil-

ung des Tilgungsfonds geführt haben.

Auf jeden Fall kann nach dieser Gestaltung des Nachtragshaushalts 1929 kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass im Rechnungsjahr 1930 nicht nur an keine Steuersenkungen gedacht werden kann, sondern sogar erhebliche Steuererhöhungen vorgenommen werden müssen, wenn im Rechnungsjahr 1930 die Sanierung des Reichshaushalts einigermaßen zum Abschluss gebracht werden soll.

SPD. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im Rahmen der Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen vom Jahre 1927/28 Einzelheiten über Einnahmen und Ausgaben von 546 Angestelltenhaushaltungen. Von den Gesamtausgaben entfallen im Durchschnitt auf Verbrauchsausgaben 96,7 %, auf Kapitalsanlagen 1,9 % und Schuldentilgung 1,3 %.

An erster Stelle unter den Verbrauchsausgaben stehen die Aufwendungen für Nahrungs- und Genussmittel mit 1625 Mark je Haushaltung und pro Jahr = 34,5 % aller Ausgaben. Sie erhöhen sich von der untersten (unter 3000 Mark pro Jahr) bis zu der obersten (6100 Mark und mehr) Einkommensstufe auf fast das Doppelte (von 1113 auf 2176 Mark). Der Ausgabenanteil verringert sich aber von 41,6 % auf 28,1 %. Mit den grösseren Einkommen steigen wohl die absoluten Ausgaben für die Ernährung, ihr Anteil an den Gesamtausgaben geht jedoch zurück. Für Wohnungsmiete werden im Durchschnitt 544 Mark je Haushalt und im Jahre = 11,5 % aller Ausgaben aufgewendet. Interessieren dürfte, dass Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung - die Kosten für die Instandhaltung der Wohnung sind nach den Inflationsjahren äusserst wichtig geworden - von den Gesamtausgaben 3,5 bis 6,7 % erfordern. An Steuern (Lohn- und Kirchensteuern) entrichteten die untersuchten Angestelltenfamilien im Durchschnitt 207 Mark im Jahre = 4,4 % der Gesamtausgaben. Die Ausgaben für Bildung (einschliesslich der Aufwendungen für Schule) betragen im Durchschnitt 2,9 % aller Ausgaben = 137 Mark je Haushaltung. Von der untersten bis zur obersten Einkommensstufe vermehren sich die Ausgaben auf rund das 5,3-fache.

SPF. Auch die mit dem Ruhrtrust verbundenen Mitteldeutschen Stahlwerke haben im abgelaufenen Geschäftsjahr äusserst gut abgeschnitten. Der Umsatz steigerte sich von rund 92,3 Millionen auf 107,5 Millionen Mark (Umsätze innerhalb des Konzerns sind darin nicht enthalten). Die Kohlenförderung wuchs von 1,57 Millionen Tonnen im Vorjahr auf 1,84 Millionen Tonnen an, die Rohstahlerzeugung von 478 000 Tonnen auf 538 000 Tonnen.

Dem entspricht das finanzielle Ergebnis. Der Betriebsüberschuss von dem Zinsen, Handlungsunkosten usw. bereits abgezogen sind, erhöhte sich von 12,3 Millionen auf 13,06 Millionen Mark; die Abschreibungen sind erhöht (von 3,66 auf 3,78 Millionen Mark). Auch den stillen Reserven ist gehörig Fett zugeführt worden. Der Reingewinn wird mit 4,36 Millionen gegenüber 3,79 Millionen Mark ausgewiesen. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 8 % vorgeschlagen (im Vorjahr 7 %).

SPD. Die Zahl der Konkurse hat im Monat Dezember weiter zugenommen. (Dezember = 881, November = 813, Oktober = 840). Insgesamt ergeben sich, die mangels Masse abgelehnten Konkurse mit einbegriffen, für das Jahr 1929 = 13 095 Konkurse und 4940 Vergleichsverfahren gegenüber 10 595 Konkursen und 3147 Vergleichsverfahren im Jahre 1928. Die Konkurse haben sich also gegenüber dem Vorjahr um 24 %, die Vergleichsverfahren um 57 % gesteigert.

Kaum Besserung - trotz Stützung.

(Getreidebörse vom 27. Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse wurde am Montag die Stützung des Roggens weiter fortgesetzt. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich daher bei allerdings kleinen Umsätzen zu Beginn Preisbelebungen von etwa 1 Mark, die sich jedoch bis zum Schluss nicht voll zu behaupten vermochten. In prompter Ware blieb das Angebot sehr klein. Die Forderungen waren zunächst erhöht, sodass sich nur schwer Käufer fanden. Auch in Weizen blieb die Umsatzfähigkeit gering. Das Angebot war weder reichlich noch dringlich. Trotzdem war es schwer, unveränderte Preise durchzusetzen, da sich die Mühlen beim Ankauf sehr zurückhielten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Notierungen sogar etwas niedriger. Am Mehlmarkt waren in Roggenmehl einige Umsätze zu verzeichnen, zum Teil auch für spätere Lieferungen, aber meist nur zu sehr gedrückten Preisen. Der Markt in Weizenmehl blieb vollkommen leblos. Hafer war verstärkt angeboten und hatte sehr schwieriges Geschäft. Nur zum Export wurden einige Mengen umgesetzt.

	25. Januar	27. Januar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	244 - 247	244 - 247
Roggen	159 - 162	160 - 163
Braugerste	172 - 182	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	150 - 160	147 - 156
Hafer	133 - 143	132 - 142
loco Mais Berlin	-	166
Weizenmehl	30,00-35,25	29,75-35,25
Roggenmehl	22,15-25,10	22,15-25,10
Weizenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 262 $\frac{1}{2}$ -262 (Vortag 263), Mai 274-273 $\frac{1}{2}$ Brief (274 $\frac{1}{2}$), Roggen März 182 $\frac{1}{2}$ (181 $\frac{1}{2}$), Mai 191 bis 190 $\frac{1}{2}$ Brief (190), Hafer März 149 und Geld (149), Mai 158-158 $\frac{1}{2}$ Geld (157 $\frac{1}{2}$).

Amliche Eiernotierung.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink- eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse (über 65 Gramm) 16, Kl. A (60 gr) 15, Kl. B. (53 Gr.) 13, Kl. C (48 Gr.) 10 $\frac{1}{2}$ -11, frische Eier Klasse B 12 $\frac{1}{2}$, aus- sortierte kleine und Schmutzeier 9; Auslandseier: Dänen 18er 15 $\frac{1}{2}$, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 13; Holländer, Durchschnittsgewicht 60-62 Gr. 13 $\frac{1}{2}$ -14 $\frac{1}{2}$, 57-58 Gr. 12 $\frac{3}{4}$ -13 $\frac{1}{4}$, leichtere 10 $\frac{1}{2}$ -11; Belgier 68 Gr. 15 $\frac{1}{2}$, 60-62 Gr. 14, 57-58 Gr. 13, Ungarn, normale 10-10 $\frac{1}{2}$, kleine, Mittel-, Schmutzeier 7. In- und ausländische Kühlhauseier: Ex- tragrosse 10, grosse 8-8 $\frac{1}{2}$, normale 6 $\frac{1}{2}$ -7, Chinesen und ähnliche 6-10. Kalkeier Normale 6 $\frac{1}{2}$. Witterung: kalt, Tendenz: etwas freundlicher.

Amliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 bis 2,10, Rote und Odenwälder Blaue 1,90 bis 2,30, andere gelbfleischige Kartoffeln 2,60 bis 2,90, Nierenkartoffeln 3,70 bis 4,10, Fabrikkartoffeln 8 bis 9 Pfennige je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 8.

Berlin, den 27. Januar 1930.

Sterilisation und Strafgesetz.^x

SPD. Beträchtliches Aufsehen erregte kürzlich der Fall des Professors Schmerz, eines Grazer Chirurgen, der nach eigenem schmerzlosem Verfahren hunderte von Männern aus dem Proletariat unfruchtbar gemacht hatte. Natürlich auf deren eigenen Wunsch, da weitere Nachkommenschaft ihnen weder aus finanziellen noch eugenischen Gründen verantwortbar zu sein schien. Meist handelte es sich um arme Familienväter mit zahlreichen Kindern, zum Teil auch um Kranke. Wie nicht anders zu erwarten, wurde Professor Schmerz, ein Sozialist und Menschenfreund, der nachweisbar ohne finanzielle Ausbeutung der Patienten die Eingriffe vollzogen hatte, von der österreichischen Klassenjustiz mit einer Geldstrafe von 15 000 Schilling wegen "leichter Körperbeschädigung" für sein Wirken "belohnt" und aus seiner Standesvereinigung ausgeschlossen.

Wie die Dinge strafrechtlich in Deutschland liegen, darüber informiert ein Aufsatz von Oberreichsanwalt a.D. Dr. Ebermayer in der von Adele Schreiber herausgegebenen Zeitschrift "Mutter- und Kinderland". Danach ist der sterilisierende Arzt nur dann vor Strafe wegen vorsätzlicher rechtswidriger Körperverletzung geschützt, wenn der Eingriff aus rein medizinischen Gründen und mit Einwilligung des Patienten geschieht. In allen anderen Fällen, also im Falle der Zwangssterilisation von Minderwertigen und Verbrechern, ferner bei der Sterilisation aus sozialen oder eugenischen Gründen mit Einwilligung des Patienten, sieht der Arzt sich der Gefahr ausgesetzt, wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung angeklagt zu werden.

Schon vor einigen Jahren haben die sächsischen Ministerien des Innern und der Justiz einen Gesetzentwurf an das Reichsjustizministerium geleitet, nachdem die Sterilisation von Epileptikern, Geisteskranken, Anlageverbrechern usw. straffrei bleiben soll, wenn die Betreffenden selbst ihre Einwilligung zu dem Eingriff geben. Unter gewissen Sicherungen soll auch die Zwangssterilisation solcher Personen im Notfalle erlaubt sein. Der Entwurf lehnt sich an das nordamerikanische Vorbild, wo in einer Reihe von Staaten der Union bereits seit Jahren die Zwangssterilisation besteht. Auch in Sachsen selbst hat man bereits praktische Erfahrungen mit der Frühsterilisation von schwachsinnigen Jugendlichen gemacht. Ein dem sächsischen Entwurf entsprechendes Gesetz ist im vorigen Jahre in Dänemark in Kraft getreten.

Nach dem Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, der dem Strafrechtsausschuss des Reichstages vorliegt, wird die Bestimmung fallen, dass ein aus medizinischen Gründen zu Heilzwecken gemachter Eingriff, sofern er der Übung eines gewissenhaften Arztes entspricht, unter den Begriff der Körperverletzung fällt, einerlei, ob er mit oder ohne den Willen des Patienten gemacht worden ist. Es wird im letzteren Falle nur noch eine Bestrafung wegen eigenmächtiger Heilbehandlung möglich sein. Danach würde also in Zukunft auch der Arzt, der gegen den Willen des Patienten oder der Patientin eine Sterilisation aus medizinischen Gründen zu Heilzwecken vornimmt, nur noch wegen eigenmächtiger Heilbehandlung zu belangen sein. Bei Einwilligung wird er straffrei bleiben wie bisher. In einem weiteren Paragraphen ist vorgesehen, dass auch ein Eingriff, der nicht aus medizinischen Gründen notwendig ist, straffrei bleibt, wenn der Patient einwilligt und der Eingriff nicht gegen die guten Sitten verstößt

Man wollte damit den Ärzten die Möglichkeit geben, arme, leidende Menschen von der ihnen zur Qual gewordenen Zeugungs- und Gebärfähigkeit zu befreien, dagegen den Missbrauch der straffreien Sterilisation durch genussstüchtige Lebedamen und Lebemänner verhindern. Dieser Paragraph ist jedoch, weil offenbar zu vernünftig und dem kapitalistischen Klasseninteresse widersprechend, in erster Lösung gestrichen worden. Bleibt der Ausschuss bei seiner reaktionären Stellungnahme, so werden die betreffenden Parteien sich vor dem Reichstagsplenum und damit vor der Volksgesamtheit zu verantworten haben.

Im übrigen scheint Oberreichsanwalt Ebermayer den Einfluss des positiven Rechts auf den faktischen Lauf der Dinge zu überschätzen. Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. Wer sich heute aus irgendwelchen Gründen den Eingriff stillschweigend machen lässt, der bleibt durch den Staatsanwalt unbehelligt. Erzählt nur dem Arzte, ganz entsprechend dem Abtreibungseingriff, noch eine Risikoprämie für alle Fälle darauf. Aber auch unmittelbar unter den Augen des Gesetzes, nämlich im städtischen Krankenhaus zu Frankfurt a.M., werden auf Initiative des Bundes für Mutterschutz und seiner verdienstvollen Mitarbeiterin, der Stadtärztin Dr. Hertha Riese, geplagte, mit Kindersegen hinreichend versorgte Proletarierfrauen sterilisiert, ohne dass die Justiz bisher das Rechtsgut ihrer Gebärfähigkeit, auf das sie selbst durchaus keinen Wert mehr legen, zu schützen sich gemüssigt fühlte.

Sterilisierte Personen behalten ihre geschlechtliche Empfindungsfähigkeit im vollen Umfange. Der Eingriff ist bei den Männern leichter und ungefährlicher als bei den Frauen. Die Männer sind also in der Lage, der Frau die Lasten und Schmerzen der Fortpflanzungsfunktionen, und was damit zusammenhängt, wenigstens in diesem einen Punkte abzunehmen. Ausserdem hat die auf Männer angewandte Methode des Professor Schmerz den grossen Vorzug, dass der Eingriff wieder rückgängig zu machen ist und die Wiedergutmachung etwaiger Fehler oder die Anpassung an geänderte Verhältnisse jederzeit möglich ist, Grundsätzlich wäre zu den auch von Ebermayer geteilten Bedenken gegen die Zwangssterilisation zu sagen, dass bei der Unsicherheit unserer Erblichkeitsforschung zwar einzelne Missgriffe möglich sind, dass aber u.E. ein nichtgezeugter Normaler tausend nichtgezeugte Minderwertige mehr als aufwiegt. Hedwig Schwarz.

----- Mädchenhandel in Berlin.^x -----

SPD. Nicht von einer Matrosenkneipe in den dunklen Strassen der Hafenstädte will ich erzählen, auch nicht von raffinierten Agenten, die mittellose Frauen nach Südamerika locken - diese Dinge sind allgemein bekannt und werden von vielen Organisationen bekämpft; sogar der Völkerbund in Genf kümmert sich darum. Mitten im Westen Berlins, wo jeden Abend strahlende Lichtreklamen Besucher aus allen Teilen der Welt anziehen, werden täglich nachmittags und abends Frauen und Mädchen verkauft, ohne dass der Unternehmer und Nutzniesser dieses Geschäfts die geringsten Auslagen darauf hat. Einzelheiten solcher Kulturschande erfuhr die Öffentlichkeit zufällig vor wenigen Tagen durch einen Prozess, den der fristlos entlassene Geschäftsführer eines solchen Lokals anstrengen musste.

In einem Tanzcafé, verbunden mit einer der teuersten, elegantesten Bars, mussten 125 Frauen und Mädchen täglich zu bestimmter Zeit erscheinen, um mit ihren Reizen die Gäste anzulocken. Jede von ihnen hat eine polizeilich beglaubigte Photographie beizubringen, die der Unternehmer für alle Fälle behält; wenn z.B. einem Gaste die Briefftasche fehlt, so zeigt man ihm das Album, und er bezeichnet nach seinem Gedächtnis, welches der Mädchen der Polizei als diebstahlsverdächtig zu nennen sei. Ferner muss das Mädchen sich entschuldigen, wenn sie einmal verhindert ist, zu erscheinen. Bleibt sie mehrere Tage

aus nicht ganz wichtigen Gründen fort, so wird sie "entlassen". Trägt sie länger als 14 Tage ein und dasselbe Kleid, so wird ihr nahegelegt, sich ein neues anzuschaffen oder nicht wiederzukommen. Vor allem aber darf sie nicht fortgehen, bevor das Lokal um 3 Uhr nachts geschlossen ist. Gezahlt wird ihr nichts! Sie steht in keinerlei Rechts- oder Arbeitsverhältnis zum Unternehmen; sie ist vogelfrei. Weder bekommen die Frauen Prozente von dem, was an ihrem Tische verzehrt wird, noch gibt der Betrieb ihnen freies Essen. Wenn sich bei achtstündigem Herumsitzen niemand findet, so müssen sie für ihr Essen und jedes Glas Selterwasser, für jede Tasse Kaffee aus eigener Tasche aufkommen; man ermässigt ihnen nur grossmütig die Neppreise der Speisekarte um 30 %, da das Essen ohnehin doppelt so viel kostet wie in einem gewöhnlichen Restaurant.

Was tun diese Mädchen? Sie stürzen im Tanzsaal auf jeden Gast, der einigermaßen zahlungsfähig erscheint, und zittern, ob es gelingt, die aufgewendeten Spesen an diesem Abend herauszuholen. Wenn das Mädchen es schafft, den Kavalier bei Sekt und teuren Schnäpsen stundenlang festzuhalten, so hat sich zunächst mal die Sache nur für den Wirt gelohnt. Sie selbst kann erst verdienen, wenn der schwer Errungene nach drei Uhr nachts noch Lust hat, mit ihr allein zu sein, und, falls ihm noch Geld übrig blieb, ihre Gunst nennenswert zu bezahlen; bestenfalls, wenn die Liebe so gross ist, dass er sich gar am nächsten Nachmittage mit ihr trifft. Bei so ungewisser Chance, ob der Besucher dem Mädchen zuliebe bis drei Uhr im Lokal ausharrt, bleibt der Hauptnutznießer dieser Einrichtung der Wirt.

In jenem Lokal nun, um das es sich bei der erwähnten Berufungsverhandlung drehte, erschien neulich ein sehr zahlungsfähiger Gast und zog sich mit drei Mädchen in eine Loge zurück. Auf seinen Wunsch verdunkelte der Geschäftsführer die Innenbeleuchtung der Loge, sodass nur die - allerdings hellen - Lampen an der Aussenwand brannten und auch noch das Licht aus dem grossen Raum in die offene Loge fiel. In der behaglichen Dämmerung, mit zwei Flaschen Sekt zu 68 Mark und einem Caviarverbrauch für etwa 70 Mark im Verlauf einer knappen halben Stunde, ergab sich ein eigenartiges Liebesidyll, das noch weiter ging, als man es selbst in diesen Räumen gewohnt, und als dem Wirt mit Rücksicht auf Konzession und Renommé lieb war. Die gegenüberstehenden Musiker hatten zuerst mit einiger Anstrengung ihrer Halsmuskeln das stille Glück in der Loge bemerkt; dann sah der bedienende Kellner bei unerwartetem Eintritt vieles, was nicht für fremde Augen bestimmt war. Erklärte den Geschäftsführer auf, und der liess umgehend das Licht wieder einschalten. Die drei Damen, die offenbar die Hausordnung erheblich verletzt hatten, blieben in "Amt und Würden"; sie hatten bewiesen, dass sie imstande sind, zahlungsfähige Gäste angenehm zu erheitern. Nur der Geschäftsführer, der nicht annahm, dass vier Personen eine besonders intime Situation inszenieren wollten, und dem der Gast erzählt hatte, als bekannte Persönlichkeit könne er sich so deutlich mit den Mädchen nicht zeigen, wurde fristlos entlassen. Er musste klagen, und schon in erster Instanz wurde die Firma zur vollen Zahlung seines Gehalts verurteilt.

In der Berufungsverhandlung hat die plötzlich so sittenstrenge Firma das Arbeitsgericht als "weltfremd" bezeichnet. Die zweite Instanz fand jedoch ein gutes Mittel, diesem Vorwurf sehr bald zu begegnen: der Landgerichtsdirektor persönlich begab sich mit den beiden Landesarbeitsrichtern an die Stätte des Lasters und gewann ein hübsches, lebendiges Bild der herrschenden Zustände. Vor Gericht, bei der Zeugenvernehmung, musste zeitweise die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, weil Kellner und Mädchen als Zeugen so krasse Einzelheiten eingehend schilderten, dass der Richter die öffentliche Sittlichkeit bedroht sah. Die saubere Firma kam schliesslich mit ihrer Berufung nicht durch; sie muss jetzt endgültig das volle Gehalt für drei Monate an den Geschäftsführer zahlen. Ein Haus, so sagte der kluge und vorsichtige Richter, das derartig von den bereitwillig dargebotenen Reizen käuflicher Frauen lebt, hat nicht das Recht, seinen Geschäftsführer wegen dieser gewiss sehr ungeschickten Entgleisung mit dem Licht unter Vorspiegelung grösster sittlicher

Entrüstung fristlos zu entlassen. — Das war ein weiser Spruch für den einzelnen Fall, der naturgemäss an den skandalösen Zuständen nicht das Geringste ändert. Selbst im finstersten Mittelalter hat der Bordellwirt, der seine armen Opfer gewiss nicht verwöhnte, wenigstens Kost und Logis daran wenden müssen, um in seinem Lokal zu verdienen. Erst der hochkultivierten kapitalistischen Wirtschaftsform blieb es vorbehalten, ein System zu erfinden, das auf Kosten käuflicher Frauen dem Unternehmer glänzende Gewinnchancen bietet.

Hilde Walter.

Revue der Ehemüden.^x

SPD. "Von Ehescheidungen und anderen tröstlichen Dingen" betitelt sich ein in der Tat tröstliches Buch des genialen Dichters des "Braven Soldaten Schwejk" Jaroslav Haschek. Der Schöpfer des Schwejk hat es vermocht, aus dem Grauen des Weltkrieges das befreiende Lachen zu erlösen; ihm wäre es kraft seines philosophischen Humors vielleicht auch gelungen, die Ehenot unsrer Zeit zur zwerchfellerschütternden Komödie zu gestalten.

Dass jedoch Ehescheidungen zumeist wahrlich kein ergötzliches Ding sind, erkennt man, wenn man die Bilder eines Verhandlungstages vor einem Ehescheidungsrichter des Zivillandesgerichtes vor sich vorüberziehen lässt. Sie sind nicht mit den Farben des Humors, sondern oft mit denen der Verzweiflung gemalt, und der Weg, der vom Traualtar zum Zivillandesgericht führt, ist voll von Leiden und Enttäuschungen. Manchmal allerdings mengt sich auch eine heitere Szene in den sonst so grauen Film menschlicher Schicksale, der sich hier vor uns abrollt.

An jedem Tage sind die Korridore des provisorischen Justizgebäudes in der Herrengasse von Scheidungslustigen bevölkert, die ungeduldig darauf warten, in das Richterzimmer eintreten und sich das Leid ihrer zerrütteten Ehe von der Seele reden zu dürfen. Oft kommen zwei, die sich so einträchtig aneinander schmiegen, dass man meinen sollte, ihr Weg führe sie zum Traualtar und nicht zum Scheidungsrichter. Es ist ein Hexenkessel menschlicher Schicksale, der alltäglich hier aufgeführt wird. Strindberg hat Idyllen geschildert, wenn man sie mit jenem Grauen vergleicht, das aus knappen Worten, hasserfüllten Blicken und feindseligen Gesten mit furchtbarer Deutlichkeit lebendig wird.

Ein blutjunges Mädchel betritt die Gerichtsabteilung und breitet seine Dokumente aus. Kann denn dieses Kind schon verheiratet sein? Es ist verheiratet trotz seiner neunzehn Jahre. Man fordert die junge Frau auf, ihre Scheidungsgründe darzulegen. Sie wird verlegen, stottert und bringt schliesslich nur die Worte hervor: "Ja, mein Mann ist mir halt so unsympathisch." Allmählich erfährt man ein Alltagsschicksal. Der Mann ist seit langem arbeitslos; sie muss in die Fabrik gehen und beide ernähren — ein Kind ist der Ehe glücklicherweise noch nicht entsprossen. "Habe ich denn dazu geheiratet, um mich für zwei abrackern zu müssen?" fragt die junge Frau den Richter. Sie will sich doch auch einmal ein Paar Kunstseidenstrümpfe kaufen und ins Kino gehen können. Aber das Essen für zwei Menschen verschlingt allein den ganzen Verdienst, denn der Mann ist ausgesteuert. "Bitt' schön, kann ich dann wieder heiraten, wenn i g'schieden bin?" fragt sie naiv. Es wird schwer halten, diese Ehefrau, die ihrem Aussehen und ihrer Lebenseinstellung nach ein Kind ist, von dem Sakramentscharakter und der Unlösbarkeit der katholischen Ehe zu überzeugen.

"Wegen Misshandlung der Frau bleibt das Lokal bis auf weiteres geschlossen!"

So lautet die Inschrift auf einer schwarzen Pappendeckeltafel, die ein etwa vierzigjähriger Mann auf den Richtertisch legt. Die Pappendeckeltafel diene dereinst wohl anderen Zwecken, denn, nur halbverwischt, kann man noch

auf der Tafel lesen: "Nudelsuppe 20 Groschen, Reisfleisch siebzig Groschen" und so weiter. Der Besitzer der Tafel hat eine Auskocherei in Ottakring. Die Frau hinderte ihn unlängst am Aufsperrn, warf alle Nudeln in den Hof und brach die Tafel vor dem Geschäfte an, auf dass ganz Ottakring von der Schmach ihrer Ehe erfahre. "Aber net ang'rührt hab' i das Frauenzimmer; vor lauter Wut hat sie sich selber das Gesicht zerkratzt, das G'frasst!" Er macht als Ehescheidungsgrund Geschäftsstörung geltend und ist erstaunt und entrüstet, erfahren zu müssen, dass das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch trotz seiner zahlreichen Paragraphen diesen Ehescheidungsgrund nicht vorgesehen hat.

"Er ist ein Tier." Viel mehr kann man aus der hübschen, schlanken Frau nicht herausbringen. In die Ruhe nach vollbrachter schwerer Hausarbeit, in die Musse, die der Lektüre eines Buches gewidmet werden soll, in jede Stunde der Selbstbesinnung dringt der brutale Geschlechtstrieb des machtbewussten Gatten. Gestern ist sie ihm auf und davon gelaufen, zurück ins Elternhaus, wo sie, mehr träumerisches Mädchen als Gattin, Geborgenheit zu finden vermeint. Nein, so hat sie sich die Ehe nicht vorgestellt....

Da kommt ein Herr Oberwachmann, der künstlerischen Ehrgeiz hat. Er singt in Gesellschaften und dünkt sich deshalb etwas Besseres. Und die Frau - man denke nur! - will sogar am Abend mitgenommen werden, wo sie doch gar nicht in die "feinen Kreise", in denen er verkehrt, hineinpasst. Deshalb will er sich scheiden lassen, und er wird sich einen Advokaten nehmen, der jedenfalls bessere Scheidungsgründe als sein Klient ausfindig machen wird. Ein verkannter Künstler.....

Ein Ehepaar erscheint, das anscheinend bürgerlichen Kreisen entstammt. Der Mann redet seiner Gattin zu, sie möge doch in die Scheidung einwilligen. Er sei gern bereit, sie anständig zu versorgen, und er sieht aus, als ob er wirklich den ersten Willen hätte, sein Versprechen auch zu halten. Der Richter unterstützt ihn in seinem Bestreben, denn, wenn beide einverstanden sind, kann er sie ja an das Bezirksgericht verweisen, wo die Sache in ein paar Tagen erledigt wird. Es stellt sich heraus, dass die Gatten bereits seit längster Zeit einander fremd geworden sind. Sie sind durch nichts anderes als durch das "Band der Ehe" verbunden, denn beide haben seit vielen Jahren verschiedene Lebenswege eingeschlagen. Während langer Jahre haben sie sich kaum einmal gesehen. Aber die Frau empfindet die gerichtliche Scheidung als einen Makel. "Naa, i will ka g'schiedene Frau sein," schluchzt sie immer wieder. Was werden auch die Nachbarn dazu sagen, wenn sie von der Scheidung erfahren?.....

Im Verhandlungssaal wird über ein einverständliches Ehetrennungsgesuch eines Ehepaares verhandelt. Einträchtig erscheinen die zwei vor Gericht, als ob nie ein Wölkchen den Himmel ihres Eheglücks getrübt hätte. Sie sind in glücklicherer Lage als die anderen Scheidungslustigen, denn sie waren so vorsichtig, vor der Eheschliessung konfessionslos zu werden und eine Zivilehe zu schliessen. Er ist ein junger Ingenieur, der die Tochter des Direktors jener Fabrik, in der er angestellt war, geheiratet hat. Welch ein Glück! So dachten er, seine Eltern, Verwandten und Bekannten. Der Schwiegervater als unmittelbar Vorgesetzter! Was wird das für eine Karriere werden! Falsche Rechnung.... Acht Monate nach der Trauung bekam der Ingenieur die Kündigung, unterschrieben von niemand anderem als dem Schwiegervater. In diesem Falle wird es nicht schwer sein, das verfehlte Rechenexempel aus der Welt zu schaffen. Die Herren Rechtsanwälte werden die beiderseitige unüberwindliche Abneigung schon beweisen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Fällen eines aufs Geratewohl ausgewählten Verhandlungstages. Nicht alle finden den Weg zum Scheidungsrichter. Aus tausenden und abertausenden Schlafzimmern, aus Wohnhöhlen, in denen Menschen ohne eigenes Bett hausen, in denen Grosseltern, Kinder und Schlafburschen den Eheleuten keine einsame Minute lassen, dringt ein Schrei unnennbarer Qual. Tausende und abertausende Ehepaare liegen Tag für Tag in benachbarten Betten, während zwischen ihren Seelen unüberbrückbare Abgründe klaffen.

Ihre einzige Sehnsucht ist die Befreiung von sinnlosen Ehefesseln. Aber für den Grossteil der Bevölkerung gilt noch immer das unausdenkbar harte Bibelwort "Was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden!"

Leo Korten (Wien).

Das Bündel.^x

Von M. Sostschenko.

SPD. Mütterchen Anissja Petrowna sitzt auf dem Bahnhof. In Pskow. Auf ihrem Bündel. Sie wartet auf den Zug. Der aber fährt nicht vor Mitternacht. In aller Morgenfrühe schon ist das Mütterchen auf den Bahnhof gekommen. Hat sich auf ihr Bündel gesetzt. Und sitzt nun da. Um nichts in der Welt wird sie davon heruntergehen. Sie fürchtet sich, aufzustehen; "dass man's nicht klaut," denkt sie. So sitzt das Mütterchen da und sitzt. Sie isst daselbst auf dem Bündel und trinkt Wasser. Vorübergehende reichen ihr Almosen. Aber die andern kleinen Nöte - was nicht alles - waschen oder austreten - das Mütterchen unterlässt das eben alles! es hält schon durch. Und dann, das Bündel ist auch so gross, dass es sich mit ihr zusammen durch keine Tür zwängen lässt. Es liegen zu lassen, erscheint aber gar zu gefährlich.

So sitzt das Mütterchen da und schlummert. "Mit mir zusammen," denkt sie, "stiehlt niemand das Bündel; mit mir ist's nicht so einfach. Ich habe einen recht leichten Schlaf - werd' schon aufwachen".

Unser Mütterchen gibt sich also einem leichten Schlummer hin. Doch im Schlafe ist ihr, als ob jemand sie mit dem Knie ins Gesicht stiesse. Einmal, ein zweites, ein drittes Mal.

"Schau nur, wie sie stossen," denkt die Alte. "Wie unachtsam doch die Leute gehen!"

Das Mütterchen reibt sich die Augen, grunzt. Mit einem Male sieht sie einen fremden Mann vorübergehen und das Taschentuch aus der Tasche ziehen. Zugleich mit dem Taschentuch fliegt ein grüner Dreirubelschein heraus und zu Boden.

Die Freude des Mütterchens kennt keine Grenzen. Sie schiesst empor und setzt den Fuss darauf. Dann neigt sie sich kaum merkbar, als bete sie zum lieben Herrgott, er möge bald den Zug vorfahren lassen. Dabei greift sie natürlich nach dem Dreirubelschein und wendet sich dann wieder ihrem Hab und Gut zu.

Aber nun kommt das Kummervolle. Wie das Mütterchen sich umwendet, ist vom Bündel nichts mehr zu sehen. Und hinterher erweist sich der Dreirubelschein als grobe Fälschung. Mit Vorbedacht ist er auf den Boden befördert worden. Er sollte die Alte von dem Bündel fortlocken.

Und nur mit grosser Mühe gelingt es dem Mütterchen, den Dreirubelschein für den halben Preis zu verkaufen.

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldheimer.)

SPD. Hexenaberglauben. Im allgemeinen stellte man sich unter den Hexen hässliche alte Weiber vor, die böswillig dem Vieh oder den Menschen Krankheiten anhexten. Einen interessanten Gegensatz dazu bildet der Glaube, dass besonders schöne Frauen Hexen seien, die einen Liebeszauber ausübten. Manches besonders hübsche junge Mädchen hat ihre Schönheit mit dem Tode auf dem Scheiterhaufen büssen müssen. Die heute noch übliche Redensart von einem Verliebten, dass er ganz "behext" sei von seiner Liebsten, dürfte auf diesen alten Hexenaberglauben zurückgehen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 27. Januar 1930.

Amerikanisches Porträt. x

Von John Dos Passos.

SPD. Al C. Keith jun. starb, veröffentlichten alle Zeitungen sein Bild: ein hellläugiger Mann mit Hakennasen und Bäuchlein - aber weshalb dieser unsichere Blick?

C. Keith war der Sohn eines reichen Mannes, in einer Familie geboren, die den Geruch des Geldes liebte. Sie konnten das Geld, rings um den Erdkreis, auf halbem Wege riechen - ja, das konnten sie in der Familie.

Sein Onkel war Henry Meiggs, an der Westküste Don Enrique genannt. Sein Vater hatte ein grosses Holzgeschäft und einen Materialienhandel in Brooklyn. Keith jun. war ein würdiger Spross des alten Stammes.

(Im Jahre 49 war Don Enrique durch das Goldfieber nach San Francisco getrieben worden. Er ging nicht im Hügelland auf die Suche, starb nicht vor Durst, indem er im Tal des Todes Alkalistaub siebte. Er verkaufte den Leuten Kleider. Blieb in San Francisco, spielte Politik und Hochfinanz, bis er zu tief in die Patsche kam und sich eilends einschiffen musste. Das Fahrzeug landete mit ihm in Chile. Er konnte in Chile Geld riechen. Hier wurde er der "Capitalista Yanquee". Baute die Eisenbahn von Santiago nach Valparaiso. Auf den Chinesen=Inseln gab's Guano. Meiggs konnte im Guano Geld riechen. Er ergrub sich aus dem Guano ein Vermögen, wurde eine Macht an der Westküste, jonglierte mit Zahlen, Eisenbahnen, Armeen, den politisch angehauchten Kaziken - alles Teile eines ungeheuren Pokerspieles. Mit gewaltiger Hand häufte er Dollars auf. Er finanzierte die märchenhaften Bahnen über die Anden.)

Als Tomas Guardia Diktator von Costa Rica wurde, schrieb er an Don Enrique, er möge ihm eine Eisenbahn bauen. Meiggs hatte in den Anden zu tun. Ein Kontrakt von 75.000 Dollar lohnte sich ihm kaum der Mühe. Deshalb schickte er seinen Neffen, Keith jun.

In dieser Familie liessen sie sich nicht das Gras unter den Füßen wachsen. Schon mit sechzehn Jahren stand Keith jun. auf eigenen Füßen, verkaufte Hemdkragen und Krawatten in einem Warenhaus. Nachher war er Holzhändler. Als Vater Keith die Insel Padre ankaupte, entsandte er seinen Sohn, um dort Geld herauszuschlagen. Keith jun. begann auf der Insel Padre mit Viehzucht und Schleppnetzfisherei. Aber Vieh und Fische schafften nicht rasch genug Geld her. Deshalb kaufte er Schweine und hieb junge Ochsen nieder und kochte ihr Fleisch und fütterte damit die Schweine und tötete die Fische und fütterte damit die Schweine. Aber Schweine schafften nicht rasch genug Geld her. Deshalb war er froh, nach Limon zu reisen. Limon ist eins der schlimmsten Pestlöcher am Karibischen Meer. Selbst die Indianer sterben hier an Malaria, gelbem Fieber, Dysenterie.

Keith fuhr auf dem Schiffe von John G. Meiggs nach New Orleans zurück, um Arbeit für den Bahnbau anzuwerben. Er bot einen Dollar täglich und dtingte 700 Mann. Von dem Haufen blieben etwa 25 am Leben. Die Uebrigen liessen ihre whiskeygetränkten Kadaver zum Faulen in den Sümpfen zurück. Auf einer zweiten Ladung schiffte er 1500 hinunter; sie starben alle, zum Beweise dafür, dass nur Jamaika=Neger in Limon zu leben vermochten. Keith jun. starb nicht.

Im Jahre 1882 waren zwanzig Meilen der Eisenbahn fertig, und Keith hatte

eine Million Dollar im Sack. Aber die Eisenbahn hatte nichts zu befördern. Keith liess die Eingeborenen Bananen pflanzen, damit die Eisenbahn etwas zu befördern habe; er selbst musste Schiffsherr werden, um die Bananen auf den Markt zu bringen.

Dies war der Anfang des Fruchthandels am Karibischen Meere. Währendessen starben die Arbeiter immerfort an Whisky, Malaria, gelbem Fieber, Dysenterie. Die drei Bürger des jungen Keith starben. Keith jun. starb nicht. Er baute Eisenbahnen an der Küste entlang in Bluefields, Belize, Limon, kaufte und verkaufte Kautschuk, Vanille, Schildpatt, Sassaaparillenwurzeln - alles, was er billig kaufen konnte, das kaufte er - alles, was er teuer verkaufen konnte, das verkaufte er.

Im Jahre 1898 bildete er mit der Bostoner Frucht-Gesellschaft die "Ver-einigte Frucht-Gesellschaft", die seither einer der mächtigsten Welttrusts geworden ist. Im Jahre 1912 einigte er die "Internationalen Eisenbahnen Zentral-amerikas" zu einer Körperschaft. Alles aus Bananen!

In Europa und in den Vereinigten Staaten hatten die Leute begonnen, Bananen zu essen; deshalb holzten sie den Dschungel in Zentralamerika ab, um Bananen zu pflanzen, und bauten Eisenbahnen, die Bananen zu befördern, und Jahr um Jahr zogen mehr Dampfschiffe der Grossen Weissen Flotte mit Bananen beladen nordwärts.

Dies ist die Geschichte des amerikanischen Kaiserreiches am Karibischen Meere. Mit Ausnahme des Panamakanals und des künftigen Nicaraguakanals und der Marine und der Kriegsschiffe und der Bajonette.

Weshalb dieser unsichere Blick in den Augen, auf dem Bilde von Keith junior, dem Pionier des Fruchthandels, dem Eisenbahnerbauer, auf dem Bilde, das alle Zeitungen veröffentlichten, als er starb?

(Deutsch von Anna Nissbaum).

Idyll aus Chikago.^x

SPD. Nicht nur die Lungenschwindsucht, sondern auch die Kassenschwind-sucht scheint ansteckend zu sein, und so kann es nicht Wunder nehmen, dass von der grossen Pleitwelle, die gegenwärtig die Stadtverwaltungen überflutet, auch Chikago einen nassen Spritzer abbekommen hat. Chikago kann keine Gehälter mehr zahlen, kann seine Schulen, Krankenhäuser und anderen öffentlichen Gebäude nicht mehr heizen - kurz, es herrscht ein Skandal, dass die Zeitungen ihre helle Freude haben. Bei dieser Gelegenheit erinnern die Blätter daran, dass die Stadt überhaupt von jeher allerhand Interessantes in ihrer Geschichte aufzuweisen hat, und bringen eine kleine Rückschau auf einige Ereignisse aus den letzten Jahren, die wert sind, nicht vergessen zu werden.

Danach ist es garnicht wahr, dass Chikago nur aus Schlachthäusern, Ratten, Katzenfleisch und Konservenbüchsen besteht. Es gibt dort auch ein beschwingtes kommunalpolitisches Leben, das besonders bei den Wahlen rege wird. Die Art, in der sich diese Regsamkeit ausdrückt, erinnert sehr lebhaft an die seligen Zeiten Gerstäckers, nur mit dem Unterschiede, dass man sich bei Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern nicht mehr auf den harmlosen Kugelwechsel aus Büchsen und Revolvern beschränkt. Schon waren zwei Gehilfen des Bürgermeisters mit Bombenwürfen bedacht worden, und das "Nationale Bombensyndikat", wie die Polizei es nennt - man sieht, dass die Vertrustung auch in die Geschäftsgewohnheiten der Verbrecher eingedrungen ist - machte sich jüngst daran, den Bürgermeister selbst "in die Luft zu blasen"; so lautet der schöne ortsübliche technische Ausdruck.

Die Chikagoer Polizei ist in langjähriger Übung gewohnt, im Handumdrehen mobilisiert zu sein, namentlich in politisch bewegten Zeiten, und so be-

durfte es nur weniger Worte durch den Fernsprecher, um ganze Bataillone in Marsch zu setzen. Das geschah nur drei Minuten nach einem anderen Anruf, der an das Rathaus gerichtet war. Dieser Anruf hatte die freundliche Mitteilung enthalten, dass gewisse Leute gerade dabei seien, ein mit Sprengstoffen bis zum Platzen geladenes Automobil gegen das Haus des Bürgermeisters zu jagen.

Es gab eine glorreiche Attacke. Schwadronen berittener Polizisten preschten durch die Strassen des südlichen Stadtteils, der angeblichen Hochburg der Gesetzesverächter, und trieben das wehrlose Publikum in Scharen zusammen, als sollte eine Hofjagd alten Stils abgehalten werden. Das Treiben dauerte drei Tage, und die Kriegsbeute bestand aus 59 Gefangenen, die man endgültig festsetzte, um von ihnen Aussagen zu erpressen.

In der Polizeizentrale wurde mit den Arrestanten das vorgenommen, was man bei uns "Vernehmung" nennt; im Chikagoer Jargon nennt man das "rösten", und die Chikagoer werden schon wissen, wie sie zu diesem Ausdrucke gekommen sind. In Amerika verfügt die Polizei über eine Methode, bei der der moralische Druck durch andersgeartete Mittel ersetzt wird, und selbst der ganz hartgesottene Verbrecher kann sich gewisser Unlustgefühle nicht verwehren, wenn vom "dritten Grad" die Rede ist. Dieser dritte Grad trat also in Aktion, aber trotzdem hat man nicht herausbekommen, was es mit dem angeblich geplanten und im übrigen nicht zustande gekommenen Sprengstoffattentat für eine Bewandnis hatte. Es wird sogar behauptet, dass dieses Attentat ein "Luftgeschäft" gewesen sei - die Hauptsache war jedenfalls für den Bürgermeister, dass zur Zeit der Wahlpropaganda seine führende Gegner im Kittchen sassen.

Es scheint, dass diese Tätigkeit die Organe der öffentlichen Ordnung verhindert hat, der ehrenwerten Zunft der Bankräuber genügend Aufmerksamkeit zu schenken, denn gleichzeitig ereigneten sich zwei Vorfälle, die an Romantik nichts zu wünschen übrig lassen. Die meisten Chikagoer Banken haben in ihren Geldräumen Vorrichtungen angebracht, die bei unberechtigtem Manipulieren an den Schlössern die sofortige Ueberschwemmung der Kellergewölbe zur Folge haben. Bankräuber empfinden, wie andere Sterbliche auch, eine tief eingewurzelte Abneigung dagegen, wie Katzen ersäuft zu werden, und man kann es ihnen nachfühlen, dass sie nach einer Methode suchten, um die komplizierten Kombinationsschlösser aufzuknacken, ohne dass der unheilvolle Wasserspender in Tätigkeit trat. Es lag auf der Hand, dass die Bankleute, die in diesen Räumen zu tun haben, am besten Bescheid wissen mussten, wie man sich vor einem unfreiwilligen Bade zu hüten hat, und die Herren Einbrecher beschlossen, sich die Hilfe eines solchen Herrn zu sichern.

Der sechszwanzigjährige James Dillon kam eines Sonntags aus der Kirche und dachte auf dem Nachhausewege wohl gerade über die Feinheiten der Predigt nach, als vier Männer in einem Auto an ihm vorbeifuhren - die Strasse war menschenleer - und ihn mit diskret vorgehaltenem Revolver einluden, mit ihnen das Vergnügen einer Spazierfahrt zu teilen. Sie brachten Dillon bis zum Abend in Sicherheit, fuhren dann nach Einbruch der Dunkelheit mit ihm an der Industriebank vor, schlugen den Wächter nieder und machten sachverständig aus ihm ein regungsloses Paket. Dann baten sie Dillon, die Räume zu öffnen, in denen das Geld lag, und der Gefangene konnte sich diesen dringenden Bitten, die durch Vorzeigen gefährlicher Gegenstände unterstützt wurden, nicht entziehen. Er öffnete die Schlösser, deren unsachgemässe Handhabung eine Sintflut zur Folge gehabt hätte, auf trockenem Wege, und die vier Banditen konnten nach Abwicklung der Angelegenheit einen Gewinn buchen, von dem gewöhnliche Einbrecher höchstens in ihren lasterhaftesten Phantasien träumen.

Dillons Ausbleiben den Tag über beunruhigte seine Familie nicht weiter - das war schon öfter vorgekommen - und als er nachts, von den Banditen gnädigst entlassen, ins traute Heim zurückkehrte, da kam die Anzeige an die Polizei zu spät.

Nicht anders als Dillon erging es dem Präsidenten der Ravenswood-National-Bank. Auch er musste eine unfreiwillige Spazierfahrt mitmachen und die Schlösser

seines Institutes öffnen. Er war aber schlau genug, sich etwas dumm anzustellen, sodass den Herrn nicht alle Gelddepots, sondern "nur" 85 000 Dollar in die Hände fielen.

Der Beruf eines Bankbeamten scheint in Chikago kein restloses Vergnügen zu sein.

Pou=Yi.^x

Von unserm Athener Korrespondenten.

SPD. Die Welt ist es bereits müde, sich mit abgedankten Königen und Kaisern im näheren oder ferneren Osten und Südosten abzugeben, nachdem Afghanistan innerhalb eines Jahres ihrer vier krönte, stürzte, jagte, aufhängte und die königlichen Schnorrer von Hedjas und den zahllosen Kaisertümern so um und in Arabien gerade nicht immer ihr sowieso blutgetränktes Gewand mit Herrscherwürde bekleckern. Jeder dieser Bonzen verstand es bei Zeiten, sich der Milliönchen etliche Sicherheit zu bringen, um so seine alten Tage bei Kaviar, Sekt und schönen Frauen zu verbringen. Ihnen, den Amanullahs, den Ibn Sauds und den übrigen Gaunerlein, die fast ausschliesslich mit Englands oder Frankreichs Bajonetten auf ihre explosionsbereiten Königsstühlchen gesetzt wurden, heftet sich der Spott an die eilende Ferse. Und doch lebt unter unserer Sonne ein Zeitgenosse kaiserlichen Geblüts, von dem die Welt ganz wenig weiss, jung an Jahren, beitelarm und lediglich von dem Wunsche besetzt, durch seiner Hände Arbeit sich alle Monate die zum Leben unbedingt notwendigen 50 Dollar zu verdienen. Vor wenigen Jahren dienten dieser gefallen Grösse noch 1100 Höflinge und Diener, reichlich bezahlt und menschlich behandelt.

Pou=Yi, um den es sich hier handelt, war 1912 noch ein Kind, wurde jedoch trotzdem auf den Thron des Sohnes des Himmels in Peking gesetzt, und ein Drittel des Gesamtumfanges dieser riesenhaften Stadt diente ihm als Residenz. Vierhundert Millionen beteten Pou=Yi an. Doch auch in Peking wackelten Throne, und im Alter von 18 Jahren sah Pou=Yi die ganze Kaiserwürde über seinem Kopfe zusammenbrechen. 1924 eroberten die Republikaner Peking und nahmen dem Herrscher den letzten Schatten seiner Macht. Pou=Yi floh nach Tientsin und stellte sich unter den Schutz der Japaner, die sich seiner annahmen und ihm zur Bestreitung seines Haushaltes 250 Dollar monatlich zur Verfügung stellten. Doch Pou=Yi hat seine Ausgaben auf ein Minimum reduziert, um einfach und völlig zurückgezogen zu leben. Seine Krönung war auf Veranlassung der Kaiserin=Witwe von China, Taitou, erfolgt, die mit diesem Schachzuge die Tching=Dynastie an der Herrschaft halten wollte; das Schicksal wollte es anders.

Ich hatte unlängst im Piräus Gelegenheit, mich über Pou=Yi eingehend mit einem englischen Kollegen, der sich auf der Reise von China nach England befand, und dem der Schützling der Japaner sein Herz ausgeschüttet hatte, mit dem englischen Journalisten Bernon Mackenzie, zu unterhalten. China kennt heute keine monarchistische Bewegung oder gar Partei mehr, auf die sich Pou=Yi stützen könnte. Er hat demnach nur noch den einen Wunsch, für immer den Boden seines Vaterlandes, das ihn verstossen hat, zu verlassen. Pou=Yi möchte England besuchen, das er aus Büchern und durch Gespräche, die er mit englischen Freunden führte, bereits kennt. Doch London hat es glatt abgelehnt, ihn nach England einzuladen, und zwar aus politischen wie aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Dennoch erhofft Pou=Yi von einer Besserung der chinesischen Lage und der internationalen Beziehungen eine Verwirklichung seines Planes. Als im Jahre 1928 der zweite Sohn des Königs von England China besuchte, hatte Pou=Yi Gelegenheit, sich längere Zeit mit dem Prinzen zu unterhalten. Pou=Yi möchte die Welt kennen lernen und sich mit den Persönlichkeiten unterhalten, deren Existenz ihm am markantesten erscheint: mit den Prinzen von Wales, mit Lloyd George, mit

Charlie Chaplin, dem Präsidenten Hoover und mit Lindbergh. Feindschaft oder gar Hass gegen die Republikaner seines Vaterlandes soll ihm fern liegen, jedoch beschwert sich Pou=Yi über die Regierung in Nanking, die ihm weder Ausweispapiere noch die geringsten Geldmittel zur Bestreitung seines Lebens zur Verfügung stellt. Die Bilder der kaiserlichen Vorfahren wurden aus Sou=Houang=Tien in das Pekinger Nationalmuseum überführt. Pou=Yi ersuchte in einer Eingabe darum, die Bilder im Mandjou=Palais zu belassen, wo sie sicherer aufgehoben seien; man soll nämlich einwandfrei festgestellt haben, dass die Gegenstände des Pekinger Museum langsam, aber ständig weniger werden und in die Sammlungen unbekannter Liebhaber verschwinden. Pau=Yi erhielt keinerlei Antwort aus Peking, und man liess ihn lediglich wissen, dass seine Bitte abgeschlagen worden sei.

Pou=Yi ist verheiratet; er soll seine junge Frau, die nur immer krank und in letzter Zeit auch noch paralytisch ist, sehr lieben. Der Ex=Kaiser glaubt, dass man dies Leiden hätte rechtzeitig aufhalten und heilen können, wenn er nur die notwendigen Gelder hierfür besessen hätte. Doch seit 1924 verweigert ihm die chinesische Regierung jedwede Unterstützung, obgleich sein väterliches Vermögen einst auf mehrere Milliarden Dollar eingeschätzt wurde. So verwelkt Pou=Yi's Frau, die erst 23 Jahre alt ist, ohne Aussicht auf Besserung oder gar Heilung. Da jede staatliche Unterstützung im Haushalt ausbleibt und Pou=Yi dem Grundsatz huldigt, dass nur der essen darf, der auch arbeitet, leistet die gewesene kaiserliche Majestät heute in einem Handelshause Schreiarbeiten, um von dem monatlichen Verdienst von 25 Dollar sein armseliges Leben zu fristen.---

Arbeiterschaft.*

Feuer der Erde,
Arbeiterschaft!
Wachse und werde
Aus eigener Kraft!
Dein sind die Nöte,
Dein ist das Leid,
Du Frühlicht der Tage,
der kommenden Zeit.

Flamme der Zeiten,
Botschaft der Macht.
Knechtsseligkeiten
Versinken in Nacht.
Willen schmieden
die heilige Haft,
die Bruderkette
der Arbeiterschaft!

Lobendes Zeichen
aus ewigem Brand.
Brüderlich reichen
sich Völker die Hand,
Segen zu schaffen
für alle auf Erden.
Wort an die Tage:
Wir wachsen, wir werden!

Alfred Thieme.

SPD. Die Arbeit einer Biene.^X Die Biene wird seit altersher als Muster und Symbol des Fleisses angesehen, und mit vollem Recht, denn die Arbeitsbiene verbringt den grössten Teil ihres kurzen Bienenlebens in emsigster, nie ruhen-der Tätigkeit. Was aber leistet nun eine einzelne Biene an Arbeit? Man kann bei dieser Frage natürlich nur von Durchschnittsleistungen ausgehen, aber ihre Beantwortung zeigt Resultate, die im ersten Augenblick manchen geradezu unglaub-lich erscheinen werden. Durch sorgfältige Beobachtungen, die in neuerer Zeit vorgenommen worden sind, wurde festgestellt, dass zur Erzeugung eines Pfundes Honig nicht weniger als zweitausend Bienen den ganzen Sommer hindurch beschäf-tigt sind. Eine Biene muss 633 Blüten besuchen, um 1 Gramm Honig zu erzeugen. Aber gerade diese relativ geringe Leistung zeigt so recht den enormen Fleiss der Bienen, besonders, wenn wir weiter hören, dass in Deutschland jährlich 300000 Zentner Honig von 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Bienenvölkern geerntet werden. Ein wahrhaft glänzendes Beispiel dafür, welche gewaltigen Leistungen durch das unermüdliche Zusammenarbeiten zahlreicher schwacher Kräfte hervorgebracht werden können. Wie wertvoll der Honig für die Ernährung des Menschen ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Dazu kommt aber noch die Erzeugung von Wachs aus den Waben, dessen Wert ebenfalls ganz bedeutend ist. Die Arbeitsbienen, von denen durch-schnittlich 25000 Stück einen Stock bevölkern, gehören daher nicht nur zu den fleissigsten, sondern auch zu den nützlichsten aller Tiere.

SPD. Der Ursprung der Spielkarten.^X Die ersten Spielkarten hatten wahr-scheinlich die Chinesen; wenigstens kannte man in China und Japan schon weit-früher als in Europa bemalte Täfelchen in der Art von Spielkarten. Die erste Nachricht in Europa über Spielkarten findet sich in einem Berichte des Schatz-meisters des Königs Karl VI. von Frankreich über eine Zahlung für Karten an ei-nen Maler. Diese ältesten Spielkarten in Europa waren demnach handgemalt. Seit dem 15. Jahrhundert verwandte man zu ihrer Herstellung den sogenannten Patro-nendruck, öfters auch den Kupferstich. Deutschland wurde Exportland für billige Karten. Besonders Nürnberg, Ulm und Augsburg exportierten Karten. In China sol-len die Karten im Jahre 1120 erfunden worden und von dort über Arabien nach Spanien und Italien gekommen sein. Als nach und nach Deutschland den ursprüng-lich italienischen Kartenmarkt beherrschte, führten im Jahre 1441 venetianische Maler hierüber Klage, freilich ohne Erfolg. Ulm versandte seine Karten in klei-nen Fässern bis nach Sizilien. Die alten Karten bieten in ihren Bildern in-teressantes Material für die Trachtenkunde der vergangenen Zeiten. Der Spiel-kartenstempel wurde in Preussen im Jahre 1838 als Steuermittel eingeführt.

SPD. Nicht wieder zu erkennen.^X Man drehte einen Film, der in der Zeit des Kriegsbeginnes spielt. Darin kommt auch eine historisch gewordene Persön-lichkeit vor, ein General, der vor kurzem verstorben ist.

Man schleppt seine Witwe zur Uraufführung ins Kino und fragt sie, wie ihr die Auffassung des Schauspielers gefallen und ob sie ihren Mann in der Rolle wiedererkannt habe.

"Ich war ganz erschüttert", erwiderte sie unter Tränen, "als ich ihn wie-dersah, besonders, weil er sich so sehr verändert hat....."

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Khaur Nachfg.

17)

SPD. "Zeit" rief der Sergeant.

Mit einem katzenhafteren Sprung als jemals sprang Abelson zu; Cook hatte kaum Zeit, sich auf die Füße zu stellen und dem Ansturm zu begegnen....Er straffte sich und kreuzte die Arme vor dem gesenkten Kopf.

Der Jude war trotz aller Wut ein viel zu guter Boxer, um seine Ueberlegung zu verlieren. Er schlug nicht los, sondern ging zurück; duckte sich so tief, dass seine Knie fast den Boden streiften und wartete....

Cook spähte durch die gekreuzten Arme und begann wieder hochzukommen.... Der andere sauste, noch immer gebückt, heran unter dem Hagel von Schlägen, streckte sich zu voller Höhe und warf seine Arme mit griffbereiten Händen nach vorn....Abelson glitt unter ihnen weg, wie Wasser zwischen Gabelzinken. Cook verfolgte und schlug einen rechten Schwinger, der den Kampf beendet hätte, wäre er nach Haus gekommen.

Aber das tat er nicht; elegant, mit aufreizender Leichtigkeit glitt Abelson zur Seite, Cook, von der Gewalt des Schlages fortgerissen, stürzte ihm nach und bekam, als er stolpernd vorbeischoss, einen krachenden Linken hinter das rechte Ohr....Schwerfällig fiel er auf das Gesicht. Abelson stand mit zurückgehaltenem rechten Arm über ihm, während sein Linker sich vorsichtig suchend vor und zurück, vor und zurück schwang....Dann bewegte sich Cook und stützte sich langsam auf seine Arme. Abelsons rechter Arm holte weiter aus.

Der Sergeant sprang vorwärts und zog Abelson fort. "Runde! Denken Sie an das, was ich gesagt habe. Zurück....zurück jetzt! Eine Minute Zeit!"

Missmutig liess Abelson die Hände sinken und wandte sich langsam ab. Hale trat zu ihm. "Wasser?" fragte er, "willst du dich auf mein Knie...."

"Der Teufel hol' dein Knie!" Abelson griff nach dem Eimer, stellte ihn vor sich und schöpfte Wasser, in dem er Gesicht und Hals badete. "Was ist denn das für 'ne Art Boxerei?" sagte er. "Verdammt komische Regeln! Das ist überhaupt kein Kampf...."

Hale schwieg und beobachtete heimlich Cook, der mit Morellis Hilfe steifbeinig stand. Sein Gesicht war mit Staub bedeckt, der nun mit Blut und Schweiß fest zusammenklebte. Er setzte sich schwerfällig auf Morellis Knie und rieb mit einem nassen Taschentuch an dem blutigen Schmutz herum; seine Bewegungen waren schlapp, seine Augen starrten ohne etwas zu sehen, auf den Boden.

Abelson lief wie im Fieber umher, während er ununterbrochen leise fluchte. Staub sass ihm noch immer im Nacken und färbte die Spitzen seiner kraufen schwarzen Haare grau.

"Zeit!" rief der Sergeant.

Von neuem sprang Abelson an, aber diesmal hatte er nicht so weit zu gehen. Cook war auf den Ruf des Sergeanten hin plötzlich unglaublicherweise zu neuem Leben und neuer Wut erwacht. Mit gesenktem Kopf raste er wie ein Stier heran, und sein Angriff kam, wie der des Stieres, unerwartet.

Mit einem Krach stiessen sie aneinander; Abelson, der infolge der Uebererraschung aus der Deckung gekommen war, wollte die neue Situation mit einem leichten Linken retten, aber Cook fing schnaubend den Schlag ab....Wieder schlossen sich seine Arme fest um den Körper des Gegners..

"So ist's recht!" schrie Morelli, "feste, Maat!"

"Ruhe!" sagte der Sergeant.

Es schien, als wollte sich der Wurf wiederholen, der die erste Runde beendet hatte....Jedenfalls war das Abelsons Meinung. Er bemühte sich mit einem vor Anstrengung verzogenen Gesicht, seine Füße auf der Erde zu behalten, als er plötzlich losgelassen wurde. Er stand frei....

Während einer verhängnisvollen Sekunde erfüllte ihn dies Wunder mit Staunen....Er blieb mit hängenden Armen und ungläubig blickenden Augen stehen....

Cook war einen halben Schritt zurückgetreten.....Seine rechte Faust traf, von der Hüfte her kommend, Abelson gerade unterhalb der runden Verbindung des Brustknochens....Der Schlag dröhnte mit hohlem, hallendem Klang in den Ohren der Zuschauer -, Unwillkürlich zogen sie den Atem scharf durch die Lippen....

Nach diesem fürchterlichen Schlage, der das Solarplexus genannten Nervensystem lähmt, knickte Abelson zusammen. Alles Blut wich aus seinem aschfahl werdenden Gesicht, der Mund öffnete sich, der Unterkiefer wackelte grotesk hin und her... Schliesslich stürzte er nach vorn über.

Der Sergeant zog seine Uhr.

"Hale! Versuchen Sie, ihn zu sich zu bringen! Tun Sie, was Sie können.... Eine Minute hat er...."

Hale beeilte sich, nahm Abelsons Kopf auf sein Knie, goss Wasser über das graue Gesicht und die geschlossenen Augen, rieb die nun schlaffen Backen.... Er gab sich redliche Mühe, war auch schon früher Sekundant gewesen.

Aber alle seine Bemühungen wurden nicht durch die leiseste Bewegung der Lider belohnt. Er massierte die Magenmuskeln und erreichte, dass die Atmung wieder regelmässig wurde, während der Sergeant die Augen auf die Uhr gerichtet hielt. Ueber eine halbe Minute war vergangen, als Hale das letzte versuchte; er goss noch mehr Wasser über Abelsons Kopf, hob ihn höher, neigte sich über ihn und nahm das rechte Ohrläppchen zwischen die Zähne, um scharf hineinzubeissen - ein alter Trick guter Sekundanten. Abelson blieb unempfindlich gegen den Schmerz, sein Körper war noch immer völlig schlaff, keine Spur einer Bewegung war zu merken.

"Zeit!" Der Sergeant liess die Uhr zuschnappen, ging zu Hale und sah auf Abelson hinunter. "Den hat's erwischt", sagte er. Hale nickte...Dann trugen sie den Körper zusammen in den Schatten der Bäume. "Schöner Kampf war das", meinte der Sergeant. "Noch weitere fünf Minuten, und ich hätte ihn abbrechen lassen müssen....Die Sonne wäre zu hoch gekommen und hätte ihnen gerade auf den Kopf geschienen."

In der Lichtung wusch Cook in einem vollen Eimer Schweiss, Blut und Staub von Gesicht und Körper. Morelli sah ihm voller Begeisterung zu und blickte alle Augenblicke zur Sonne empor, die gerade über den Kronen der Palmen erschien.

"Mach schnell, Cookie", meinte er dann ängstlich, "oder du bekommst innerhalb einer Minute den Sonnenstich. Zieh dein Hemd an und setz' was auf den Kopf, um Christus willen. Komm in den Schatten! Fühlst du dich ganz gut?"

Cook drückte mit beiden Händen das Wasser aus seinen Haaren.

"Mhm", sagte er.

Zwölftes Kapitel.

Der Sergeant ging zwischen den Palmen umher. Mehrfach rief er nach Sanders, ohne eine Antwort zu bekommen. Wieder ging er schneller weiter, rechts und links um sich blickend.

Plötzlich blieb er stehen und sah scharf vor sich hin, während die sorgenvollen Falten seines Gesichtes sich glätteten. Da war Sanders; er kniete neben einer Palme. Ein leises Schwatzen klang von seinen Lippen...Der Sergeant schlich näher und konnte nur die Worte verstehen. Die tiefen Linien gruben sich von neuem in sein Antlitz; er schob den Tropenhelm zurück und rieb sich nachdenklich den Hinterkopf.

(Fortsetzung folgt.)